

Lothar Albertin

Detmold 1918-1933.

Die Chancen der demokratischen Republik und ihre Zerstörung

Der Krieg und seine Opfer

Der Begeisterungstaumel zum Kriegsbeginn übertönte in Deutschland alle skeptischen Minderheiten. Anfang August hatten die Menschen vor dem Berliner Schloss, als sie die Nachricht von der Mobilmachung erfuhren, spontan den Choral „Nun danket alle Gott“ angestimmt.¹ Vor dem Reichstag erklärte der Kaiser: „Ich kenne keine Parteien mehr; ich kenne nur noch Deutsche“. Der Reichskanzler Bethmann-Hollweg hatte ihm diese Formel eingegeben. Sie sollte die Sozialdemokraten die Beschimpfung als „vaterlandslose Gesellen“ vergessen machen.² Im Reichstag seit 1912 die stärkste Fraktion, stimmte die SPD nun am 4. August für die Kriegskredite – aus Fraktionsdisziplin sogar einstimmig, obwohl am Vortage 14 Abgeordnete sich gegen die Bewilligung ausgesprochen hatten.

Die Realität des Zweifrontenkrieges ließ die anfängliche Einheitsfront bald zerbröckeln. Der U-Boot-Krieg im Sommer und Herbst 1915, die Versenkung von Handels- und Passagierdampfern ohne Vorwarnung war „das erste Symptom der Entartung des modernen Kriegs zum Totalkrieg“.³ Auch die offiziell gewarnten Neutralen hielten ihn für unmenschlich.⁴ Im Sommer 1916 mischte sich unter die lauten Erwartungen eines annexionistischen Siegfriedens das Gespenst der Niederlage. Die verlustreiche Verdun-Offensive, die bei „entsetzlichem Blutvergießen“ viel zu lange durchgehalten wurde, kommentierte der Generalstabschef Erich von Falkenhayn gegenüber dem Reichskanzler mit dem verblendeten Urteil, Frankreich habe „eine starke Viertelmillion erprobter Soldaten vor Verdun mehr verloren als wir“.⁵ Im Kampf um Verdun starben 1916 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen. Er endete im Stellungskrieg Mitte Dezember 1916; die Truppen standen wieder dort, wo die Schlacht am 21. Februar begonnen hatte. In der Materialschlacht an der Somme, die den Briten ab Anfang Juli 1916 Erfolge, aber nicht den Durchbruch brachte und Ende November abgebrochen wurde, verloren die Deutschen 400.000, die Franzosen fast 200.000 und die Briten 400.000 Soldaten.⁶

Das Infanterieregiment 55, dessen III. Bataillon Detmold zur Garnison hatte, „hat ausschließlich im Westen gekämpft“.⁷ In seinem Gefechtskalender, so lesen wir bei Erich Kittel, erscheinen auch die Namen Verdun und die Somme. Allein dieses Regiment zählte mehr als 4200 Gefallene.⁸ In der Ge-

sambilanz dürrer statistischer Daten in der Westfälischen Geschichte hatte Lippe den „höchsten Prozentsatz an Kriegstoten – bezogen auf die wehrfähigen Männer“ zu tragen: 19,5%, gegenüber 12,9% im Reichsdurchschnitt und 12,1% in Westfalen.⁹

Friedenssehnsucht – Kriegszieldiskussion – Reformdruck

Die politischen Parteien konnten längst nicht mehr stillhalten – am wenigsten die Sozialdemokraten. Das Vaterländische Hilfsdienstgesetz verpflichtete die Gewerkschaften, aber disziplinierte nicht unbegrenzt ihre Mitglieder. Die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten lagen auf der Hand: der Nahrungs- und Kohlenmangel des Kohlrübenwinters 1916/17, der Mangel an Rohstoffen und an Arbeitskräften für den Zivilbedarf, die steigende Unfallrate in der Arbeitswelt, zumal in der Rüstungsindustrie. Mitte April 1917 streikten Hunderttausende in deutschen Industriestädten. Eine von den Gewerkschaften in Leipzig einberufene Protestversammlung, mit einem USPD-Redner, stellte Forderungen an die Reichsregierung: Versorgung mit billigen Lebensmitteln und Kohle, Erklärung sofortiger Friedensbereitschaft, Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur und volle staatsbürgerliche Freiheit, allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle öffentlichen Körperschaften auf allen Ebenen, vom Reich bis zur Gemeinde. In Berlin beschloss die Mehrheit von 300.000 am 17. April das Ende des Streiks, aber die Arbeiter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken setzten ihn fort.¹⁰ Streiks fanden damals auch im benachbarten Bielefeld statt, und Carl Severing sah neben Versorgungsproblemen das Hauptmotiv in der Friedenssehnsucht.¹¹

Das waren die Tage, in denen die innerparteiliche Opposition in Gotha – vom 9. bis 11. April – die USPD gründete. Die Zerrissenheit der Sozialdemokratie hatte sich bei der mehrfachen Bewilligung der Kriegskredite sukzessiv verschärft. Es war die Zeit, in der die USA in den Krieg eintraten, in der Österreich-Ungarn den Frieden suchte, weil es militärisch erschöpft war und seinen inneren Zerfall befürchtete. Im Reichstag sondierten die Fraktionen – SPD, Fortschritt, Zentrum, aber auch die Nationalliberalen – die Möglichkeiten eines Verständigungsfriedens, entsandten ihre Vertreter in Staatsämter, wechselten den Kanzler – indessen mit ultimativer Intervention der Obersten Heeresleitung (OHL) unter Ludendorff – und verabschiedeten die Friedensresolution. Aber sie sorgten nicht für eine eindeutige Antwort auf die päpstliche Friedensnote von Benedikt XV. und dessen Forderung nach Freigabe Belgiens.

Die Spannungen und Konflikte in der Kriegszieldiskussion dauerten immer noch an. Zwischenparteiliche Gruppierungen setzten Zeichen. Der „Bund neues Vaterland“ – zunächst mit Kontakten zur Reichsleitung – erhielt Neu-

zugang: Eduard Bernstein, Ernst Reuter und Rudolf Breitscheid sowie bürgerliche Anhänger der Deutschen Friedensgesellschaft wie Ludwig Quidde, Walther Schücking, Helene Stöcker und Albert Einstein. Einige fanden sich auch seit Ende 1917 im „Volksbund für Frieden und Vaterland“, den der Theologe und Historiker Ernst Troeltsch gegründet hatte.

Sie kamen aus der Fortschrittlichen Volkspartei. Auch in deren Reihen dauerten die Kontroversen über Kriegsziele an. Ein reichspolitischer Protagonist gehörte nach Lippe: Adolf Neumann-Hofer. Anfang August 1915 richtete er einen „streng vertraulichen“ Brief an die Mitglieder seiner Reichstagsfraktion. Dort hatte inzwischen Georg Gothein dafür plädiert, dem Annexionismus prinzipiell abzuschwören. Gothein, späterer Schatzminister im Kabinett Scheidemann, gehörte zum Gründer- und Führungskreis des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“ und war – als freisinniger Abgeordneter des Preussischen Abgeordnetenhauses, seit 1901 auch des Reichstages – Gegner der Flottenpolitik gewesen. Neumann-Hofer gab zu bedenken, „dass, wie mir genau bekannt ist, auch in der sozialdemokratischen Fraktion Leute sitzen, die keineswegs grundsätzliche Gegner jeder Annexion sind“. Hinter dieser Auffassung stünde zweifelsfrei kein „reichliches Drittel der Wählerschaft“. Er warnte vor einem einzigartigen „Wählerschwund“. Wo die Wahrung deutscher Interessen nur durch Annexionen erreichbar sei, „haben wir unbedenklich zu annektieren“. Die Liste der Zugriffe war gewaltig: Dazu gehörten die „Zerstückelung Russlands“ und die „Aufteilung Belgiens“. Die Aufzählung wies am Ende auf die große Aufgabe seiner Partei nach dem Kriege: nämlich die Million Wähler, die der Sozialdemokratie den Rücken kehren werde, „beim Liberalismus festzuhalten und sie nicht nach rechts hinüber gleiten zu lassen.“¹²

Der Brief weist den Autor als einen Annexionisten aus. Wie rasch oder zögerlich er die Realität des Krieges wahrnahm und von seinen verstiegenen Wünschen abrückte, lässt sich nicht verfolgen. Dass er damals auch tatsächliche Erwartungen und Stimmungen unter seinen lippischen Landsleuten unterstellte, entsprach der anfänglichen Begeisterung. Der Annexionismus in der Kriegszieldiskussion fiel nicht zuletzt deswegen so hybride aus, weil der Einsatz für den Krieg alle Gruppen der Bevölkerung erfasst hatte – mit welchen Motiven auch immer. Die politische und die militärische Elite verlangte und erfuhr eine Steigerung der zivilen Kraftreserven, die die geplanten Potentiale weit übertrafen.

Für die Frauen in Lippe ist dies in mehreren Vorträgen unseres Projekts ausgeführt worden. Die reformierte und die lutherische Kirche – deren Pfarrer in der großen Mehrheit konservativ-national eingestellt waren – hat die Begeisterung für den Krieg genährt und theologisch überhöht und zur Mobilisierung ihrer Einsatzbereitschaft beigetragen. Der Bund deutscher Frauenvereine initiierte den Nationalen Frauendienst, dem sich auch externe Vereine an-

schlossen, sogar der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, mit einem vielfältigen Arbeitsprogramm, in dem auch das Deutsche Rote Kreuz tätig war. Der Vaterländische Frauenverein, die größte Frauenvereinigung im kaiserlichen Deutschland, zählte allein in Detmold 553 Mitglieder. In der Vernetzung der Aufgaben von der Lebensmittelversorgung, der Säuglings- und Kleinkinderbetreuung, der Arbeitsvermittlung einkommensloser Frauen bis zum kriegsbedingten Lazarettendienst und den Aufgaben der Diakonie hat auch der Deutsch-evangelische Frauenverein, und nicht zuletzt das Diakonissenhaus seine Schwerpunkte gesetzt. Welchen Geist die kirchliche Obrigkeit dafür vorzugeben suchte, verriet der Generalsuperintendent August Weßel – wir kennen sein kirchenhistorisches Porträt durch Hans-Peter Wehl¹³ – noch anlässlich der Abdankung des Fürsten 1918: „Staatsformen können sich wandeln, Christenpflicht wandelt sich nicht.“ Gesine Niebuhr, die dies zitiert, hat eine Fülle von Fakten und Daten recherchiert und analysiert, Ingrid Schäfer hat dies für das Erwerbsleben und den Aufbruch der Frauen zu bislang verspernten Berufsbildern im Krieg und danach beobachtet.¹⁴ Ergänzende Einblicke in die materiellen und mentalen Lebensbedingungen verdanken wir Hans-Gerd Schmidt, der den Kriegsalltag über eine selten genutzte Quellengattung, die Anzeigenseiten der regionalen Presse, eingefangen hat.¹⁵

Wie stand es schließlich um die Opposition gegen die Kriegsbegeisterung? Sie war in der großen organisierten, vorwiegend bürgerlichen Frauenbewegung auch in Lippe äußerst schwach und sporadisch. Der erwähnte Bund der deutschen Frauenvereine, dessen Vorsitzende Gertrud Bäumer war, hatte die Teilnahme von 28 deutschen Frauen am Haager Friedenskongress Ende April 1915 als unvereinbar mit der vaterländischen Gesinnung erklärt.¹⁶ Der eben genannte Generalsuperintendent Weßel hat ein Jahr später über die Pfarrer wegen pazifistischer, von zwei Frauen verteilter Flugblätter grundsätzlich vor solchen Auffassungen gewarnt und, wie Gesine Niebuhr berichtet, auf die besondere Anfälligkeit von Frauen für pazifistische Ideen abgehoben.

Frauen im Wahlrecht: verspätete Konzessionen

Beide Historikerinnen demonstrieren jedenfalls: Was Frauen damals leisteten – trotz ihrer mehrfachen Rollenbelastungen –, erwies sich unter dem Druck der Kriegsanstrengungen als unentbehrlich und unersetzbar. Alles, was wir von ihnen erfahren, sprach eigentlich dafür, dass in Lippe wie überall in Deutschland der Anspruch der Frauen auf gleiches Wahlrecht auch historisch längst überfällig war. Wir wollen in Kürze beobachten, was sich in dieser Sache im Reich und in Lippe bewegte. Die Reform des Dreiklassenwahlrechts in Preußen war vom Reichskanzler bereits im Dezember 1914 in Auftrag gege-

ben worden. Am 27. Februar 1917 hatte er sie im Reichstag angekündigt, dann im Preußischen Landtag, einen Tag, bevor die Nachricht von der Revolution in Petersburg eintraf. Die Sozialdemokratie forderte durch Scheidemann am 19. März 1917 die sofortige Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen, und zehn Tage später bestürmten die Fraktionen der Linken, aber auch Stresemann für die Nationalliberalen, den Kanzler im Reichstag, damit nicht bis zum Ende des Krieges zu warten. Dieser kannte die konservativen Gegenkräfte im Abgeordnetenhaus und zögerte – auch mit Rücksicht auf den Kaiser und in Kenntnis des vehementen Widerspruchs Ludendorffs.¹⁷ Was blieb, war die kaiserliche Osterbotschaft mit abgeschwächtem Reformversprechen: „erst nach Rückkehr unserer Krieger“.¹⁸

Im selben Monat bat die lippische Sozialdemokratie den Staatsminister Biedenweg zu einer Aussprache, der seinerseits die Vorlage schriftlicher Fragen verlangte. Die Eingabe vom 27. April betraf Fragen der Neuordnung, insbesondere die Abschaffung des Klassenwahlrechts zum Landtag, und berief sich nicht zuletzt auf die Osterbotschaft. In der Besprechung am 16. Mai stimmte Biedenweg einer Reform des Wahlrechts zu, lehnte aber das gleiche Wahlrecht ab und legte sich auch zeitlich nicht fest.¹⁹

Im September 1917 mahnte die Landtagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei durch Neumann-Hofer die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts an, machte aber für den negativen Fall die Konzession einer Pluralstimme – nach sozialen Gesichtspunkten.²⁰ Noch am 3. Oktober 1918 ging ein Aufruf des Fürsten Leopold „An mein Volk“ nur so weit, die Verfassungsänderung zugunsten des allgemeinen, gleichen Wahlrechts mit einer zusätzlichen Altersstimme für den Landtag anzukündigen. Und erst am 9. November gab Biedenweg den Entwurf des angekündigten Wahlgesetzes bekannt und hob nicht nur den fürstlichen Verzicht auf die Alterszusatzstimme ausdrücklich hervor, sondern auch die „Erwägung“, das Frauenstimmrecht zu gewähren.²¹

Welche Motive Biedenweg bis zuletzt in der Wahlrechtsfrage bewegten, zeigte die von ihm erbetene, umgehende Antwort eines Staatsrechtlers (Ulrich Kahrstedt) vom 14. Oktober. Demnach rekrutierten sich die Wähler der Sozialdemokratie aus Berufen, die ihre Lebensdauer verkürzten, so dass etwa eine Altersstimme ab 50 Jahren den Anteil dieser Partei um ein Zwölftel reduzieren würde.²² Der Zynismus dieser Kalkulation war grenzenlos.

Die fürstlich autorisierte „Erwägung“ zugunsten des Frauenstimmrechts wirkte umso mehr anachronistisch, als die lippische Bevölkerung noch unter dem Schock der Erinnerung an das Explosionsunglück in den „Fürstlich Lippischen Staatswerkstätten“ in der Elisabethstraße stand, das 72 Beschäftigten, vorwiegend Frauen, und teils jugendlichen Alters, den Tod gebracht hatte. Ingrid Schäfer hat uns die skandalösen Umstände vergegenwärtigt, nicht zuletzt die zensurbedingte Unterbindung einer öffentlichen Diskussion der Sicher-

heitsmängel. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss danach die sofortige Anstellung eines Feuerwehrmannes zur Beaufsichtigung der Fabriken und gewerblichen Betriebe und den Antrag bei der Regierung, für das Land baldigst einen Gewerbeaufsichtsbeamten anzustellen – mit Wohnsitz in Detmold.²³ Der Geschäftsbericht der Werkstätten für 1916/17, den ich in den Beständen des Staatsarchivs fand, mitunterzeichnet vom Aufsichtsratsvorsitzenden von Biedenweg – das Fürstliche Haus und er selber waren mit Aktien beteiligt – bedauerte die Brandkatastrophe wegen der Produktionsausfälle, nannte aber nicht einmal die Zahl der Toten. Ihrer wurde immerhin durch die Gestaltung eines „Ehrenhains“ wie sonstiger Kriegstoten – später auch militärischer Unfallopfer – gedacht, den wir im Rahmen des stadthistorischen Projekts beabsichtigen haben. Es war durch die Kommentare von Andreas Ruppert die bewegende Zeitreise eines Nachrufs auf verschiedene Opferkategorien.

Wer sich die Ergebnisse unserer Frauenforscherinnen vergegenwärtigt und dabei auch die ideenreichen Modernisierungsansätze von Frauen in ihrem Lebensalltag und in der Jugendpflege aus dem Vortrag von Johanna Pointke und Renate Waltersdorf einbezieht,²⁴ kann eigentlich nur mit fassungslosem Erstaunen die bornierte Rückständigkeit betrachten, mit der die dynastisch geprägten Eliten die Zeichen der Zeit nicht wahrnehmen wollten. Im ungeistigen Dunstkreis solcher Einstellungen hielt sich übrigens bis zuletzt auch die Mehrheit des alten lippischen Landtags auf. Seine Kommission zum Frauenwahlrecht empfahl noch in den Tagen des Umbruchs, die Frauen zwar ab sofort wählen zu lassen, ihnen aber für das passive Wahlrecht eine „Bewährungsfrist“ bis zur dritten Wahl aufzuerlegen: „Nach zehn Jahren werden sie sich eingearbeitet haben“.²⁵

Die Revolution in Lippe: ein sanfter Systemwechsel

Als die Sozialdemokratie am 9. November in Berlin die Führung des Reiches übernahm und es vor dem Abgleiten in das Chaos bewahrte, besaß sie allein die Macht und auch die stärkste, historisch und aktuell zugewachsene Legitimation, sie zu gebrauchen. Gleichwohl entschied sie sich für frühe Wahlen und unterließ konstitutive Vorgriffe auf das neue System.²⁶ Dass dessen Entwicklung derart offen gehalten wurde, bedeutete eine reale Chance für andere Kräfte, sie zu beeinflussen. Zu ihnen gehörte ein liberales und fortschrittliches Bürgertum, das wegen seiner politischen Schwäche in der Monarchie oft kritisiert worden war und dem sich nun die Perspektive einer Teilhabe an der neuen Gestaltungsmacht und eine Rehabilitierungschance zu eröffnen schienen.

Im kleinen lippischen Bundesstaat vollzog sich diese Ausgangskonstellation ohne Erschütterungen. Die Ereignisse der Machtverlagerung sind ausrei-

chend dokumentiert worden: Da ist die Verhandlung der fürstlichen Regierung mit den Vertretern der Sozialdemokratie, Heinrich Drake und Clemens Becker, und dem Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, Max Staercke, die dann zum Volks- und Soldatenrat gehören sollten. Sie verlangen die Abdankung des Fürsten. Sie wird in dessen Sitzung erneut und ultimativ gefordert. Neumann-Hofer, der inzwischen aus Berlin eingetroffen ist, vom fürstlichen Auto in Herford abgeholt – er besitzt das besondere Vertrauen Leopolds IV. – wird beauftragt, ihm dies nahezubringen. Der Entgegennahme des Thronverzichts noch in der Nacht lässt der Volks- und Soldatenrat am 12. November den Beschluss folgen, dass die Einkünfte aus den Domänen ab sofort dem Lande zur Verfügung stünden.

Währenddessen nutzen die beiden Parteien die Kleinräumigkeit, um ihre Mitglieder und Anhänger zu mobilisieren und zu informieren; die FVP in einer Mitgliederversammlung im Detmolder Hotel „Arminius“, die SPD in einer öffentlichen Versammlung in Lemgo. Am 14. November tagt noch einmal der alte Landtag, einberufen vom Staatsminister Biedenweg, mit Billigung des Volks- und Soldatenrats, hauptsächlich zur ersten Lesung des von Biedenweg vorgestellten Entwurfs eines Wahlgesetzes. Dieser würdigt die Verdienste des Fürsten, erwähnt die eigene Weiterführung der Geschäfte „im Einvernehmen“ mit Volks- und Soldatenrat und bekundet in der Vorstellung des Entwurfs seine Hoffnung, dass „aus der Wirrnis dieser Tage der gerechte, freie, deutsche, soziale Volksstaat erstehen“ werde. Er beteuert seine persönliche Loyalität. Man müsse wissen, dass er sich nach 30jähriger Arbeit unter der monarchischen Staatsform „auf den Boden der neuen Ordnung gestellt“ habe und „umzulernen bereit“ sei – das zeige schon seine Erklärung vom 3. Oktober; er habe sich – nach Preußen – als erster leitender Minister eines deutschen Bundesstaats „aus freien Stücken zu dem gleichen Wahlrecht“ bekannt.²⁷

Der Volks- und Soldatenrat ist bemüht, die „Bewegung in ruhige Bahnen zu leiten“, die Umstellung der Industrie auf die Friedensproduktion zu steuern, trotz der Komplikationen zwischen dem Lippischen Demobilmachungskommissar Walter Kellner und der Wirtschaftsgemeinschaft Lippe. Er sorgt für die Ordnung der Schulverhältnisse und institutionelle Regelungen der Wohlfahrt. Ein Putschversuch militärischer Kräfte bleibt eine Episode, gelegentliche Rufe nach einer Bürgerwehr werden von ihm abgelehnt. Insgesamt gesehen verlief der Übergang zur Republik in milden, schonenden Formen. Wir haben uns schon in der Einführungsveranstaltung mit Peter Steinbach gefragt, inwieweit die „soziale Nähe“ der Handelnden in kleinen Staaten dies erklärt.²⁸

Die klare Entscheidung der Volksbeauftragten unter Friedrich Ebert für die Wahlen zur Nationalversammlung ist auch in Detmold früh und ausdrücklich angekündigt worden. Sie brachten der Sozialdemokratie in Lippe fast die absolute Mehrheit. Sie gewann mehr als im Reichsdurchschnitt. Die zweit-

stärkste Kraft wurde die Deutsche Demokratische Partei. Rechnet man die Zentrumsparterie in den katholischen Exklaven hinzu, so bedeutete dies: 76,37% der Lipper votierten für die Republik von Weimar.²⁹ In diesem Ergebnis verschob sich das Stärkeverhältnis aus den letzten Reichstagswahlen von 1912, bei denen in Lippe die Sozialdemokratie 35%, die linksliberale Fortschrittliche Volkspartei 65% gewonnen hatten. Von letzteren schien ein Teil zur SPD gewechselt zu sein.³⁰ Die lippische SPD war traditionell stark in den Industriegemeinden, in den gewerblich-industriellen Gemeinden zwischen Lage, Detmold und Horn, um Blomberg und Barntrop und im Norden, stand aber auch günstig da in einigen agrarisch-industriellen Orten im Norden und Nordosten. Offenbar erreichte sie die absolute Mehrheit im Westen, dank der Pendler nach Bielefeld und Herford seit den Vorkriegsjahren. Die DNVP sammelte ihre Stimmen vorwiegend in agrarischen und agrarisch-industriellen Orten zwischen Barntrop und Lemgo, Detmold und Horn.³¹ Das Zentrum fand seine Wählerschaft in den katholisch dominierten Orten im Südosten.

Eine Woche später erfüllten 88% ihre Wahlpflicht bei den lippischen Landtagswahlen. Die SPD gewann elf Mandate, die DNVP fünf, die DDP vier und der Wahlverband eins. Das Landespräsidium besetzten Heinrich Drake und Clemens Becker von der SPD sowie Adolf Neumann-Hofer von der DDP. Dieser wie auch Max Staercke, August Schmuck und Wilhelm Krieger hatten schon dem letzten Landtag angehört.

Aufschlussreich war das historische Rollenverständnis des Volks- und Soldatenrats in diesem Übergang. In dessen Namen eröffnete aus seinem Vorstand Clemens Becker den Landtag mit einer Ansprache, die an Ereignisse des Machtwechsels erinnerte: „Bei der Übernahme der politischen Macht haben wir uns von dem Grundsatz leiten lassen, die Geschicke des Landes so schnell als nur irgend möglich dem Lippischen Volke selbst in die Hand zu geben.“ Er sagte dann: „Das deutsche Reich und mit ihm das schöne Lipperländchen sind durch das alte Regime dem Bankrott nahe gebracht. Es ist unsere Aufgabe, aus den Trümmern ein Staatswesen aufzubauen, in dem jeder Lipper, jeder Deutsche eine menschenwürdige Existenz fristen kann.“ Der Volks- und Soldatenrat habe diese Arbeiten begonnen und hoffe, dass der Landtag und die neue Regierung dieses Werk weiter ausbauen werden.

Als Alterspräsident erhielt der Deutschnationale Wilhelm Krieger die vorläufige Geschäftsführung. Er anerkannte ausdrücklich die Mäßigung in der Anwendung der tatsächlichen Gewalt, so dass die Rechtssicherheit sich in einer durchaus erträglichen Weise habe aufrechterhalten lassen. Aber Krieger sprach auch seinen Dank aus an „unsere von der Front heimgekehrten Krieger, die über vier Jahre einer Welt von Feinden gegenüber unbesiegt standgehalten haben, deren unvergleichliche Taten noch in Jahrhunderten vorbildlich und sprichwörtlich sein werden“. Dann folgte dieser Satz: „Aber auch mit

Wehmut haben wir sie empfangen darüber, dass sie das Vaterland gedemütigt, gebrochen und zerwühlt von innerem Hader vorgefunden haben.“ Ein deutschnationaler Abgeordneter hatte somit bereits in der ersten Sitzung des demokratisch gewählten lippischen Landtages eine Variante der berüchtigten „Dolchstoßlegende“ artikuliert.³²

Aus der Analyse der lippischen Kommunalwahlen von Wolfgang Bender wissen wir, dass die ersten am 2. Februar 1919 – für die es noch keine Wahlpflicht gab – durch gut besuchte Veranstaltungen – manche mit Eintrittspreis – und reichen Werbeaufwand, Aufrufe, Plakate und Flugblätter, begleitet wurden. Die DDP warb nicht zuletzt in der Lippischen Landeszeitung gezielt um „die Frauen Detmolds“. Sie präsentierte unter den beiden gewählten Mandatsträgerinnen Lina Eichmann aus ihrer Frauenvereinigung, kompetent, aktiv, sozial engagiert und mosaischen Glaubens.³³ Die DNVP nutzte bereits die Wahlen von 1919, um ihre antisemitische Hetze namentlich gegen die DDP zu eröffnen. Diese zeichnete nämlich aus, dass sie auf Reichsebene bedeutende deutsche Juden versammelte. Ihren Gründungsauftrag hatten u.a. Albert Einstein und Hugo Preuss unterzeichnet.

Geschlossenheit und Irritationen bei der Abwehr des Kapp-Lüttwitz-Putsches

Der Putsch in der ersten Märzhälfte 1920 wurde auch in Lippe und Detmold durch Proteststreiks namentlich aus der Arbeiterschaft abgewiesen. Sie folgten dem Berliner Aufruf der SPD und der Gewerkschaften. In Detmold wurden 153 Betriebe von insgesamt 1.680 Beschäftigten bestreikt, die ihren Lohnausfall in Kauf nahmen. Die bürgerlichen Parteien, selbst die DDP, verhielten sich nicht von Anfang an eindeutig. Während in Detmold seit den Stadtverordnetenwahlen SPD und DDP den Vorsitzenden, seinen Stellvertreter und die beiden Schriftführer sowie den Magistrat stellten, hatte in anderen lippischen Städten die DDP den koalitionspolitischen Schulterschluss mit den bürgerlichen Gruppierungen gesucht.³⁴

Kein Wunder, dass die örtlichen Nuancen des Verhaltens in einer Lemgoer Stadtverordnetensitzung 14 Tage später ein Nachspiel hatten. Anlass war die Beteiligung von zwei sozialdemokratischen Abgeordneten an einem Aktionsausschuss für den Streik, an dem 76 Betriebe mit 1.113 Arbeitern teilgenommen hatten. Die bürgerlichen Fraktionen bedauerten dies, versicherten aber ihre Solidarität mit den Behörden in Staat und Reich. Der Vorwurf von Clemens Becker ging hauptsächlich an die Adresse der DDP: „War es nicht Ihre Pflicht, gemeinsam mit den Arbeitern, gegen die Kapp-Regierung Front zu machen?“ Und Schmuck, aus der gleichen Fraktion, wollte wissen, „dass

auch in Lemgo Elemente für die Kapp-Regierung am Werk waren.“ Er sagte noch: „In Detmold bestand auch der feste Plan zur Stürzung des Landespräsidiums.“ Und Becker ergänzte für Lemgo: „Die Herren, die noch am Sedanfeste ihre schwarzweißroten Fahnen heraushängten, haben in diesen Tagen hier in Lemgo gewühlt wie die Maulwürfe. Ich bedauere, dass diese alt-konservativen Elemente von den Demokraten nicht besser abgeschüttelt wurden.“³⁵ Tatsächlich waren in Detmold drei Landtagsabgeordnete der DNVP mit einigen Freikorps-Offizieren und dem Geschäftsführer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, letzterer in der Uniform eines Hauptmanns a.D. und bewaffnet, am 14. März vor dem Landtagsgebäude erschienen, mit der naiven Absicht, sich in den Putsch einzufädeln.³⁶ Sie durften wieder abziehen.

Die historischen Leistungen der Weimarer Koalition und der Rechtsruck 1920

In den Reichstagswahlen im Juni 1920 erfuhren sowohl SPD als auch DDP dramatische Verluste – Lippe war davon nicht ausgenommen. Auch die knappste Erklärung muss bei den historischen Leistungen dieser beiden Parteien beginnen. Das parlamentarische System der Republik setzte unter der Weimarer Koalition, zu der noch das Zentrum gehörte, Maßstäbe und Ziele, die nicht mehr aus dem öffentlichen Diskurs gelöscht werden konnten. Es bewährte sich bei der Arbeit an der Verfassung, die mit einer großen Mehrheit verabschiedet wurde. Die DDP begriff sich als kompetenter Anwalt von Ideen, die beim Neubau des Reiches maßgebend werden sollten: Beendigung dynastischer Zersplitterung durch eine unitarische Organisation der staatlichen Gewalt, reichseinheitliche Regelung des Schulwesens, Demokratisierung der Verwaltung, ja sogar der Armee, Erweiterung der Grundrechte zu einer umfassenden Wirtschafts- und Sozialverfassung. Manches stieß auf sperrige Widerstände, blieb fragmentarisch oder wurde suspendiert.

Die Nationalversammlung musste zeitgleich Politik machen. Die Annahme des Friedensvertrages war unausweichlich. Der Friede sei „das große Thema der nächsten Generation“, hatte es noch Anfang Februar 1919 in der Fraktion der DDP geheißen. Im „Traumland der Waffenstillstandszeit“ – ein Wort von Ernst Troeltsch – war noch Gelegenheit zu hochfliegenden Ideen einer internationalen Ordnung aus pazifistischer Tradition. Die Partei glaubte, sich an die Spitze einer „nationalen Einheitsfront“ für ein „Unannehmbar“ setzen zu können. Diese erwies sich jedoch in der Realität als brüchig, auch in der eigenen Fraktion. Das Schlagwortvokabular der „nationalen Opposition“ war früh durch die DNVP und DVP besetzt worden. Die DDP flüchtete im Sommer aus der Regierungsverantwortung in die Opposition – um sie im Herbst

wieder aufzugeben. Sie hatte sich gescheut, die öffentliche Auseinandersetzung über die Friedensbedingungen nüchtern und konsequent durchzustehen – wie es einige Liberale und vor allem die Sozialdemokraten und das Zentrum wagten. So hatte die DDP Stimmungen und Meinungen begünstigt, die sich in der bürgerlichen Mitte aus dem Unverständnis der Niederlage aufbauten und sie für extremistische Agitation anfällig machten. Diese buchte ihre Gewinne bereits 1920 für die DNVP und DVP und provozierte andererseits die Gewinne der USPD.³⁷

Die Koalitionsfrage im Reich und im Kleinstaat 1921

Das bürgerliche Minderheitskabinett Fehrenbach aus Zentrum, DDP und DVP – die SPD blieb in der Opposition, um sich „nach links zu erholen“ – musste den materiellen und politischen Folgelasten des verlorenen Krieges ins Auge sehen. Der auswärtige Druck verschärfte sich während der Reparationsdiktate und -verhandlungen zwischen Januar und März 1921. Fehrenbach warf Anfang Mai das Handtuch. Das Londoner Ultimatum wenige Tage danach nannte kurz befristete Bedingungen und legte die Reparationssumme fest. SPD und USPD sowie Teile von DDP und DVP nahmen es an und fanden sich – außer der USPD – in der neuen Regierung Josef Wirth, einer erneuten Weimarer Koalition, zusammen, die es am folgenden Tage offiziell annahm. Damit war die Regierung dem Odium der „Erfüllungspolitik“ ausgesetzt.

Wer damals die reparationspolitische Notlage erkannte, die Verschärfung des innenpolitischen Klimas beobachtete und Sorge um den Weg der Republik empfand, wusste, dass die DVP in die Regierung eingebunden werden musste. Das war das strategische Ziel der Weimarer Koalition unter Josef Wirth, dem bald Walther Rathenau als Wiederaufbauminister, dann als Außenminister zur Seite stand. Das Ringen um eine Kredithilfe der Industrie für Reparationsleistungen stand unter diesem Zeichen.³⁸

Das Pendant zur Großen Koalition im Reich war in Lippe die Zusammenarbeit von MSPD, DDP und DVP. Ihre Bereitschaft dazu hatte letztere bereits vor den Reichstagswahlen bekundet. Die DVP war umso wichtiger geworden, als sie bei den lippischen Landtagswahlen, im Februar dieses reparationspolitisch äußerst angespannten Halbjahres 1921, stärker als die DNVP geworden war. Heinrich Drake steuerte das pragmatische Motiv des kleinen, überschaubaren Landes mit seinen sachlichen Aufgaben bei: „Und Lippe ist ein Land von ganzen 1.200 Quadratkilometern, das man mit guten Rindlederstiefeln in einem Tage durchwandern kann.“³⁹ Es gelang die Bildung des Landespräsidiums aus MSPD, DVP und DDP. Nun hoffte der Leitartikler der Lippischen Landeszeitung auf Nachahmung im Reich und in Preußen – wo gerade Land-



tagswahlen gehalten wurden, und frohlockte: „Dass das kleine Land Lippe auch in diesem Punkte ein gutes Vorbild geben konnte, begrüßen wir“. Den Lesern wurde zugleich erklärt, warum in Lippe möglich war, woran die Sozialdemokratie reichspolitisch noch nicht denken könne: „Für die Länder, und namentlich für die ganz kleinen Länder, die in erster Linie bevorzugte Selbstverwaltungskörper sind und weiter nichts, handelt es sich mehr um eine Frage der Zweckmäßigkeit, die man nach der Lage des einzelnen Falles zu beantworten hat.“⁴⁰ So befand sich der lippische Kommentator, dessen Zeitung über Neumann-Hofer aus dem Landespräsidium eng mit Berlin kommunizierte, auf der Höhe des reichspolitisch Wünschbaren und rechtfertigte vor seinen Lesern zugleich, warum in kleinen Ländern das Vernünftige und Notwendige leichter zu erreichen war.

Über dem Einzelfall einer Personalie stolperte indessen in der ersten Junidekade 1921 das Präsidium: Die Berufung eines Bewerbers aus Preußen auf eine Richterstelle beim Landgericht, gegen den Willen des Präsidiumsmitglieds aus der DVP, Richard Müller, führte zu dessen Rücktritt. Drake und Neumann-Hofer bildeten – nach eigener Demission – ein neues Landespräsidium mit August Schmuck.

In Preußen gelang die Große Koalition im Herbst 1921 unter Otto Braun. Deren lange Dauer wurde bedeutsam für die demokratische Stabilität der Republik. Lippe bemühte sich um die Lösung sachlicher Aufgaben – damals in der Siedlungs- und Bautätigkeit zugunsten seiner Wanderarbeiter, die sesshaft werden mussten.

Leider begegnete die deutschnationale „Tageszeitung“ diesem sachbezogenen Aufgabenverständnis nicht mit dem nötigen Respekt und Anstand. Sie steigerte ihre Hetze bis zur Inhumanität, so am 9. Juli 1921: „Die Auferstehung Erzbergers, die die meisten mit großer Sorge kommen sehen, kann aber auch ihr Gutes haben: Je sichtbarer dieses Fleisch und Fett gewordene Symbol der schwarz-rot-goldenen Schieberrepublik im Kabinett Wirth sich auswirken kann, umso eher wird das Kabinett in die Brüche gehen.“⁴¹ Am 26. August wurde Matthias Erzberger von zwei jugendlichen Nationalisten aus der Organisation Consul ermordet. Auf einer gemeinsamen Kundgebung protestierten in Lippe die SPD, DDP, DVP und KPD. Sie erklärten das Gebaren der Reaktion für ungleich schlimmer in Lippe als anderswo, verlangten vom Landespräsidium Maßnahmen, etwa Zeitungsverbote, Entlassung von staatsfeindlichen Beamten und das Einschreiten gegen die nationalistische Treiberei unter Schülern aus höheren Schulen.⁴²

Die Kommunalwahlen am Neujahrstag 1922 lagen in Detmold einerseits im Trend der Reichstagswahlen 1920, mit Verlusten der SPD und DDP – USPD und KPD gingen leer aus, andererseits erbrachten sie einen atypischen Vorsprung der DVP gegenüber der DNVP mit ihrem Spitzenkandidaten Pas-

tor Eduard Theopold. Das Zentrum und die lokale Wirtschaftliche Vereinigung der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Unfallbeschädigten, Alters- und Invalidenrentner gewannen je ein Mandat.⁴³ Die Agitation der DNVP hatte den virulenten Bodensatz nationalistischer und antisemitischer Observanz noch nicht voll nutzen können.

Der Schutz der Republik nach dem Rathenau-Mord

Als der Kampf gegen die Republik mit dem Mord an Walther Rathenau am 24. Juni 1922 erneut die Schwelle zum tätlichen Verbrechen überschritten hatte, flammte mit dem Erschrecken auch die Diskussion über die Versäumnisse beim Aufbau der Nachkriegsdemokratie auf. Kurt Tucholsky schrieb: „Walther Rathenau ist für die Republik ermordet worden, die ihn nie geschützt hat.“⁴⁴ Die Anklage des Reichskanzlers Wirth „Der Feind steht rechts“ prangerte das politische Klima an, aus dem die Täter kamen. Es hatte sich längst ausbreiten können. Die Mittelparteien waren der Hetze gegen die „Verzicht- oder Erfüllungspolitiker“ nicht entschieden genug entgegengetreten. Sie hatten die gesinnungsmäßigen Vorbehalte der bloßen „Vernunftrepublikaner“ respektiert und wenig für das Bekenntnis zur Republik getan. Die ersten Schutzverordnungen nach der Ermordung Erzbergers im Herbst 1921 hatten nicht genügt.

Was änderte sich seit dem Schock über die Ermordung des deutschen Außenministers im politischen Kräftefeld der bürgerlichen Mitte, zu deren intellektuell brilliantesten und patriotisch engagiertesten Repräsentanten er gehört hatte? Zunächst: Die parlamentarische Arbeitsgemeinschaft der SPD und USPD, eine Vorstufe ihres Zusammenschlusses, und die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der „verfassungstreuen Mitte“, deren Signum die DDP durchgesetzt hatte, wurden zu Auffangstellungen für den durch die Fraktionen laufenden Kooperationswillen. Er bewährte sich in der Arbeit am Republikenschutzgesetz.

In den Verhandlungen stand das kleine Land Lippe mit klarer Bestimmtheit auf Seiten der Verteidiger der Republik. Das bezeugte auch ein auffallender Vorfall in den Beratungen des Gesetzentwurfs zum Republikschutz im Reichsrat, in dem Lippe durch den württembergischen Bevollmächtigten Karl Hildenbrand, MdR und SPD-Mitglied, vertreten war. Gegen die Instruktion seiner Regierung verhinderte er durch sein Votum, dass die Abschnitte über Eingriffe in das Vereins- und Presserecht gescheitert wären.⁴⁵

An der Konferenz der Reichsregierung mit den Länderchefs über den zweiten Gesetzentwurf zum Schutz der Republik am 29. Juni nahm Drake teil. Er erklärte sich mit dem Vorgehen der Reichsregierung im Allgemeinen einverstanden und stellte auch die Billigung der Lippischen Landesregierung

in Aussicht.⁴⁶ In Detmold hatte er – nach dem Rathenaumord – in einer Kundgebung, zu der die Arbeiter die Betriebe verlassen hatten, unmissverständlich gesagt: „Ich halte es für meine Pflicht, noch einmal daran zu erinnern: ‚Sein oder Nichtsein‘. Man entschließt sich dazu, mit der Mörderbande aufzuräumen, oder man kann einpacken.“⁴⁷

Noch im ursächlichen Zusammenhang mit dem Mord stand die Auflösung aller Gruppen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes durch den preußischen Minister des Innern, Carl Severing, Anfang Juli. Eine Anfrage Severings bei sämtlichen Landesregierungen beschied Lippe, man habe sich dem preußischen Vorgehen angeschlossen.

Die Zusammenarbeit mit Preußen war in solchen Fragen immer eng. Ich lasse hier unerwähnt die lange Reihe der Sondierungen in der Anschlussfrage, verweise aber auf die sehr präzise Darstellung und Dokumentation von Hermann Niebuhr und Klaus Scholz. Sie beginnt 1802/3 und endet mit dem Anschluss an Nordrhein-Westfalen 1947.⁴⁸

Für den 4. Juli nachmittags hatten die beiden großen Gewerkschaftsverbände ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) und AFA (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände), die SPD, USPD und KPD zu Demonstrationen zur Durchsetzung der Forderungen zum Schutz der Republik aufgerufen.⁴⁹ Eine deutschnationale Anfrage im Reichstag war die Folge, mit den üblichen Vorwürfen: Gefahr für die Staatsautorität und Schädigung deutschen Ansehens im Ausland. Der Reichsinnenminister fragte bei den Landesregierungen an. Aus Lippe war Lemgo betroffen. Was war passiert? Und wie antwortete Drake? Die Demonstrationen seien „im allgemeinen ruhig verlaufen“, nur in der Stadt Lemgo seien Ausschreitungen vorgekommen: „Eine aus der Volksmenge gewählte Kommission entfernte gegen den Widerspruch des Magistrats aus den Amtszimmern der Stadtverwaltung und einiger Schulen Bilder und Büsten früherer lippischer Fürsten und schaffte sie zum größten Teil in das städtische Museum. Ein Teil der Bilder und Büsten wurde zerstört. Der Magistrat hat es nicht für zweckmäßig gehalten, die Entfernung mit Polizeigewalt zu verhindern. Wir billigen diesen Standpunkt, namentlich mit Rücksicht darauf, dass die Stadtverwaltung unserer mehrfach ausgesprochenen Auffassung, dass in den Amtszimmern der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Schulen die Abbildungen der früheren Fürsten nicht mehr aufzuhängen seien, bisher nicht oder nicht genügend Rechnung getragen hatte.“ Gegen die Mitglieder der Kommission sei das Verfahren wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung eingeleitet worden.⁵⁰

*Republikanische Gesinnung in den Schulen:
Versäumnisse und Absichten*

Diesmal beließ es die Reichsregierung nicht bei den Vereinigungsverboten, Strafbestimmungen, der Errichtung eines Staatsgerichtshofs und dem Pflichtenkatalog für Beamte. Konstruktiv sollte der Schutz der Republik vor allem werden, wo es notwendig schien, die Jugend für die Republik zu gewinnen: in den Schulen und Hochschulen. Staatsbürgerliche Erziehung war schon vor dem Ersten Weltkrieg thematisiert worden. Die Reformpädagogik, wie Georg Kerschensteiner mit seinem Arbeitsunterricht, hatte dafür geworben. Sie hatte aber noch ein Erziehungsbild vor Augen, das der Monarchie genehm war. Die Weimarer Reichsverfassung hatte in Art. 148 Staatsbürgerkunde als Lehrfach vorgegeben und eine staatsbürgerliche Gesinnung nicht zuletzt „im Geist des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung“ proklamiert.⁵¹ Mit der Einführung des Faches „Staatsbürgerkunde“ hatten sich die Behörden Zeit gelassen. Die Reichsschulkonferenz 1920 – mit 600 Teilnehmern – war über Leitsätze nicht hinausgekommen. In Preußen waren 1919 immerhin die alten Geschichtsbücher verboten worden.⁵²

Für den 19. Juli 1922 lud der Reichsinnenminister Adolf Köster die Unterrichtsminister der Länder nach Berlin, um mit ihnen „Richtlinien für die Mitwirkung der Schulen und Hochschulen zum Schutz der Republik“ zu erarbeiten. Aus dem lippischen Landespräsidium war Heinrich Drake gekommen. Nachdem am Vortage der Reichstag vier Schutzgesetze angenommen hatte, wollten der Minister und der Reichsjustizminister Gustav Radbruch nun in der Konferenz beraten, „wie die Herzen der Jugend für die innere Festigung der Republik zu gewinnen seien“. Man wisse inzwischen, dass schon die Schuljugend an Organisationen beteiligt sei, „die durch Mord den jetzigen Staat zu stürzen versuchen“.⁵³ Die inhaltliche Einführung des zuständigen Staatssekretärs Heinrich Schulz, der als Schulpolitiker der SPD schon die Reichsschulkonferenz geleitet hatte, war eindeutig in der Unterscheidung der beiden Systeme Monarchie und Republik in der Begrifflichkeit von Hugo Preuss, des Schöpfers der Weimarer Reichsverfassung: „Durch die Umwälzung wurde aus dem Obrigkeitsstaat der Volksstaat. Das Volk selbst wurde zu seinem eigenen Gesetzgeber, die bisher Regierten zu Regierenden.“ Er beschrieb den Stand der schwierigen materiellen und geistigen Umstellung im Schulwesen, um dann zu sagen: „Die Republik festigte sich äußerlich immer mehr, aber mit der äußerlichen Festigung hat die innere nicht Schritt gehalten. Besonders die Schule hat in weitem Maße versagt.“

Nunmehr sollten versäumte Aufgaben angefasst werden: Darstellung der Geschichte der letzten Jahre „unter Wahrung der geschichtlichen Wahrheit“; staatsbürgerlicher Unterricht als Lehrfach oder in Anlehnung an andere Fä-

cher; Revision der Lehrpläne für alle Schulgattungen, „ob sie noch dem alten Geist entsprechen“; Ausbildung und Fortbildung der Lehrer „im Geist staatsbürgerlicher Gesinnung“; schließlich ein beratender Ausschuss aus Schulverwaltungen, Geschichtswissenschaft, Staatsrecht und Pädagogik. Auch das äußere Bild der Schule müsse der Republik Achtung bezeugen: „Wir wollen keine Bilderstürmerei, aber wir verlangen positiv, dass der Schmuck der Schule, Wandbilder, Schulfeiern, den staatsbürgerlichen Geist der Schule zum Ausdruck bringen.“

Der Reichsjustizminister vermisste unter den Vorschlägen die Hochschulen und warnte vor oberflächlichen Lösungen, etwa einem älteren Staatsrechtslehrer oder jungen Privatdozenten einen Lehrauftrag für Staatsbürgerkunde zu erteilen. Dafür müsse vielmehr die wissenschaftliche Grundlage, „im Grunde eine ganz neue Disziplin“ aus wirtschaftlichen, soziologischen, staatsrechtlichen und politischen Inhalten und Betrachtungsweisen an den Hochschulen geschaffen werden, „und zwar durch ganz ausgesuchte Hochschullehrer“.

Was Gustav Radbruch hier vorschlug, verdient eine Zwischenbemerkung von thematischer Bedeutung. Wir haben die Weimarer Republik jahrzehntelang unter dem Stichwort vom „antidemokratischen Denken“ betrachtet, das wie ein Menetekel das öffentliche Bewusstsein beherrscht und den Niedergang determiniert zu haben schien. Die Chancen ihrer demokratischen Fundierung und Festigung blieben in der Forschung und Literatur vernachlässigt. In jüngsten Jahren finden nicht zuletzt die Staatsrechtslehrer der Republik unsere erneute Aufmerksamkeit, die ihr Kollege Gustav Radbruch hier neben anderen Wissenschaftlern für die politische Bildung in Dienst nehmen wollte. Ihre Jahrestagungen und Publikationen waren reich an Grundlegungen und Handlungsanweisungen zur Weimarer Demokratie. Ihre Redner und Autoren bekannten sich damals zur Republik und waren glaubwürdig – durch ihr politisches Engagement oder auch im politischen Amt. Ich nenne einige: Hugo Preuss, Gerhard Anschütz, Richard Thoma, Walther Schücking, Gustav Radbruch, Hermann Heller und Hans Kelsen. Mehrere gehörten auch zu dem 1926 gegründeten „Weimarer Kreis“ verfassungstreuer Hochschullehrer.⁵⁴

Zurück zu dieser Berliner Konferenz zum Schutz der Republik, in der auch die Diskussion reich an inhaltlichen, methodischen, didaktischen und personalpolitischen Erfahrungen und Empfehlungen war. Das Leitbild war der republikanisch gesinnte Lehrer. Von ihm wurde verlangt, dass er im Dienst positiv für die Republik eintrete: „die bloße Vermeidung von Angriffen auf sie genügt nicht“. Die Beobachtung aus Sachsen lautete: Hochschulen und höhere Schulen – nicht die Volksschulen – seien die Stätten der antirepublikanischen Propaganda.

Heinrich Drake, der die Sitzung vorzeitig verlassen musste, hatte schriftliche Notizen hinterlassen, die Aspekte aus der Diskussion auf Lippe bezogen:

Demnach gab es dort bereits einen Ausschuss für neue Lehrbücher, einen Aufruf an die Lehrer „im Sinne der Betätigung im republikanischen Geist“, den staatsbürgerlichen Unterricht als besonderes Lehrfach seit zwei Jahren. Zweckmäßig sei von Zeit zu Zeit die Aussprache mit den Direktoren der höheren Lehranstalten über die erforderlichen Maßnahmen, für die Besetzung der leitenden Positionen sei dort republikanische Zuverlässigkeit Bedingung. Aus dem Fonds von 75 Mio. RM seitens des Reichs sollten größere Summen für die schnelle Reform der Lehrbücher an die Länder überwiesen werden. Drake verlangte die Reform der Universitäten im Sinne der besprochenen Aufgaben und empfahl, die (oben skizzierte) Einführung des Staatssekretärs Schulz den Schulverwaltungen in größerer Zahl zur Verfügung zu stellen.

Es bleibt die Quintessenz, mit einem lippischen Spezifikum: Die Konferenz beschloss bedeutsame Korrekturen der „Richtlinien für die Mitwirkung der Schulen und Hochschulen zum Schutz der Republik“: Der Begriff des Staates wurde durch „Volksstaat“ ersetzt, der Begriff der Staatsgesinnung durch das Attribut „republikanisch“ ergänzt. Und es wurde ein Satz eingefügt: „An den Hochschulen sind für die staatsbürgerliche Durchbildung der Akademiker die erforderlichen Einrichtungen zu schaffen.“ Von der Notwendigkeit einer Reform der Universitäten hatte auch der Beitrag Drakes gehandelt. Den Volksstaat hatte Heinrich Schulz in seiner Einführung pointiert, die Drake an alle Schulverwaltungen verteilt wissen wollte. Auf die „Richtlinien“ hatte Heinrich Drake somit deutlich Einfluss genommen, und die Maßnahmen in Lippe konnten sich im Vergleich der Bundesstaaten durchaus sehen lassen.

Die Phalanx demokratiefeindlicher Kräfte in Lippe und Beispiele demokratischer Gegenwehr

Die öffentliche Diskussion über die Bedrohung der Republik seit den Republikschutzgesetzen und Verbotsverfahren schärfte die Wahrnehmung der Demokraten. Detmold und Lippe boten offenbar einen historischen Nährboden, dessen ideologische und organisatorische Ursprünge in die Vorkriegszeit reichten. Jürgen Hartmann hat sie eruiert und seziert:

- der Bund der Landwirte, in Detmold seit 1893, konservativ und antisemitisch;
- der gleichzeitig in Hamburg entstandene Deutschnationale Handlungsgehilfenverband;
- die Deutsche Vaterlandspartei seit Ende 1917, die die in der zweiten Kriegshälfte verstärkten antisemitischen Stimmungen aufnimmt und verstärkt;
- die DNVP, die sich ab 1918 aus diesen reaktionären Strömungen und einem Teil der Nationalliberalen rekrutiert und ihren Antisemitismus im Detmol-

- der Fall des jüdischen Lehrers Moritz Rulf mit Hilfe des gehobenen Bürgertums demonstriert – aber an der Gegenwehr sozialdemokratischer und linksliberaler Politiker scheitert;
- der nunmehr verbotene Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, dessen Detmolder Ortsgruppe – ab November 1919 belegbar – laut ihrer Satzung die angebliche jüdische Gefahr bekämpfen will; und der auch als Scharnier zu rechtsextremen Wehrverbänden und Freikorps dient;
- der von Wilhelm Teudt u.a. 1921 gegründete Cheruskerbund, Heimatbund für Lippe, 1923 mit 1.100 Mitgliedern.⁵⁵ Über Teudts „Suche nach Orientierung“ hat Iris Schäferjohann-Bursian ausführlich referiert.⁵⁶ Laut Hartmann hat der Cheruskerbund 75 Körperschaften in einem „Ausschuss für deutsche Volksgemeinschaft“ versammelt, der seinerseits 1924 in der „Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Verbände Lippes“ aufgeht und das 50jährige Jubiläum des Hermannsdenkmals auf seine Weise zu zelebrieren versucht. Ihr eigenes plakatives Sachregister besetzt die ideologische Phrasologie dieser völkischen Heimatbewegung in Lippe – in diesem „urgermanischen Kernland“ – in monotoner Wiederholung mit dem Attribut „deutsch“: Blut, Sprache, Sitte, Kunst, Wissenschaft, Literatur und Geschichte.⁵⁷

Die Mitglieder des Völkischen Schutz- und Trutzbundes finden größtenteils Unterschlupf beim Cheruskerbund, dem Stahlhelm, dem Jungdemokratischen Orden (Jungdo), dem Deutschnationalen Jugendbund, dem „Völkischen Stammtisch Grotenburg“ (seit Februar 1922). Hartmann sondiert auch den Weg der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die sich Mitte Dezember 1922 aus der DNVP heraus bildete und im Sommer 1923 verboten wurde; schließlich eine NSDAP-Gründung von Lagenser Studenten und eine Gruppe in Detmold – bis zum Verbot der Partei und der Neugründung der Detmolder Ortsgruppe der NSDAP am 25. Mai 1925.

Bliebe es bei dieser Übersicht, die noch ergänzt werden könnte, wäre sie von deprimierenden Einseitigkeit. Tatsächlich vernachlässigen Beobachter allzu oft die vielfältigen Aktionen demokratischer Gegenwehr, beispielsweise die Sprengungen antisemitischer Versammlungen in Bad Salzuflen durch Gewerkschaften und USPD, die dortige Verteidigung von Juden gegen verbale und tätliche Gewalt; die öffentliche Anfrage der Detmolder Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft an den Jungdo wegen seiner Verfassungstreue; und nicht zuletzt und meistens übersehen – die eigene offensive Abwehr einzelner Juden als Diskussionsredner in Versammlungen der Christlich-Sozialen vor dem Kriege, bis zu dem jüdischen Lehrer Arthur Schweriner, der – nach seinem Umzug nach Berlin – mehrmals nach Bad Salzuflen zurückkehrte, um der antisemitischen Hetze im Wahlkampf entgegenzutreten.⁵⁸

Später – ab 1924 – kommt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in vielen Orten und Situationen hinzu und ermutigt auch die demokratischen Jugendorganisationen zur stärkeren Präsenz, insbesondere die SAJ. Warum diese organisierte Gegenwehr nicht ausreichte, muss erklärt werden.

Die Belastungen der Weimarer Demokratie in den Jahren 1923/1924

Im Reich und in Lippe – hier auch aus naheliegenden Gründen kleinräumiger Nähe – neigten die demokratischen Parteien unter dem innen- und außenpolitischen Handlungsdruck zu einer möglichst gemeinsamen und deswegen pragmatischen Bewältigung der Herausforderungen und Aufgaben. Ihr damit verbundener Rückzug aus dem politischen Kampf an der Basis ließ Vakuen zurück, die von extremistischen Kräften mit ihren primitiven Parolen und rüden Handlungsstilen besetzt wurden.

Ihre Gefahren schlugen nach der Ruhrbesetzung durch. Der linksliberale Arbeitnehmerführer Anton Erkelenz – er wechselte 1930 zur SPD – beschwor damals die Öffentlichkeit, der Widerstand müsse „auf der Linie der Demokratie und der Republik verbleiben“, und Gustav Stresemann schrieb wenige Tage später: „wir brauchen nicht den Radikalismus, wir brauchen das Parlament und die vernünftige Mitte.“ Beides war aber voll in das Zielfeld öffentlicher Angriffe von anderer Seite geraten. Stresemann notierte damals in den „Deutschen Stimmen“: „Eine große Anzahl von deutschen Stammtischen hat sich schon mit seltener Einmütigkeit für die Diktatur entschieden. Sie haben zwar keinen Diktator, aber sie sehen in der Diktatur das Einzige, was nun helfen kann. Mussolinis Sieg in Rom, der vom deutschen Standpunkt aus gesehen bedauerlich war, wird von ihnen begrüßt. Herr Hitler hält in München Volksversammlungen ab, die angeblich von 50.000 Menschen besucht werden.“⁵⁹

Es war Stresemann, der in den folgenden Monaten behutsam und bestimmt die Steuerung der Politik in den Reichstag zog und mit dessen Hilfe die „Umorientierung“ vollzog. Das war zugleich die institutionelle Aufwertung des Parlaments durch sukzessive Rollendifferenzierung vom nationalen Demonstrationsinstrument zum Diskussionsforum für deutsche Angebote in der Reparationsfrage und schließlich zum Gesetzgebungsorgan für die inneren Folgekosten. Die Große Koalition unter seiner Führung stand am Ende dieser Bemühungen – die nicht zuletzt von der eigenen Fraktion behindert wurden.

Die deutsche Politik musste den Ruhrkampf abbrechen, die Währung stabilisieren, den Haushalt sanieren. Die Bevölkerung war unterschiedlich belastet, zumal unter den Auswirkungen der lang währenden Inflation und schließlich Hyperinflation. Im Zeitraum von 1919 bis 1923 hatten sich in der Städtischen Sparkasse Detmold – bei einer Vermehrung von rund 7000

auf rund 8000 Konten – die Gesamteinlagen von 8.319.175,18 Mark in 65.696.370.000.000.000,- Mark verwandelt.⁶⁰ Die Zerrüttung des Geldwesens schuf eine Vielfalt ökonomischer Betroffenheiten. Die Parteien waren nicht mehr imstande, sie politisch-programmatisch aufzufangen. Schließlich durchstand das parlamentarische System der Republik seine äußersten Krisen durch Putschversuche von rechts und links – in Bayern sowie in Sachsen und Thüringen.

Bei den beiden Reichstagswahlen am 4. Mai und 7. Dezember 1924 gewann die DNVP massiv. Bei letzteren lagen sie und die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung, die Tarnorganisation der NSDAP, in Lippe mit zusammen 29,34% über dem Reichsdurchschnitt von 23,5%.⁶¹

Aber auch die Sozialdemokratie buchte Gewinne. Und dies galt auch für die Landtags- und Kommunalwahlen in Lippe am 18. Januar 1925. Den Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung erhielt der Spitzenmann der DNVP, Dr. Adolf Gregorius, Stellvertreter und Schriftführer verteilten sich auf DVP und SPD sowie DVP und DDP. Die Wahlen zum Magistrat verzögerten sich, weil die SPD unter Drake sowie DDP und KPD zunächst für Beschlussunfähigkeit sorgten – wegen des Verdachts einer Absprache der anderen Seite. Dr. Emil Peters wurde Oberbürgermeister, die SPD wurde erst später hereingeholt.

Die stattlichen Gewinne der SPD ergaben sich nicht zuletzt – laut Wolfgang Bender – aus der Öffentlichkeitsarbeit von Organisationen aus dem Vorfeld der Partei: Ortsverein des ADGB, Sozialistische Arbeiterjugend, Naturfreunde, Kinderfreunde (Falken), AWO, Arbeitersport- und Arbeitersängervereine.⁶² Hinzu kam die wesentliche Stärkung durch das erwähnte „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Es versprach wehrhaften Schutz der Republik, und seine Gründung gewann durch Paul Löbes Bekanntgabe im Reichstag am 5. Juni 1924 frühe Publizität. In den ersten Monaten hatte es einen „Massenzulauf“, vor allem aus der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung, indessen auch unter Beteiligung von DDP- und Zentrumsangehörigen. Bereits im Wahlkampf zu den Dezemberwahlen wurde es in Versammlungen – auch der Mittelparteien – zur unentbehrlichen Präventivwaffe gegen Störungen und Terror.⁶³

Die Deutschnationalen waren zwar dank ihrer Agitation die Gewinner der beiden Reichstagswahlen, sie konnten aber nicht die Vorteile verkennen, die das Dawes-Gutachten mit dem Zustrom fremder Kredite versprach. Zu dem damit verbundenen Eisenbahngesetz votierte die Reichstagsfraktion gespalten. Das genügte, um in bürgerlichen Kreisen koalitionsfähig zu erscheinen. Es entstand ein sogenanntes überparteiliches Kabinett mit Zentrum und DVP. Die DDP entschied sich schließlich für die Opposition. Weil zwischenparteiliche Konflikte auch im kleinen Lippe Handlungsfähigkeit blockierten, half nach den Landtagswahlen zunächst ein „unpolitisches Landespräsidium“, aber

unter Heinrich Drake, der erst ab Anfang Oktober 1925 mit Max Staercke, inzwischen bei der Wirtschaftlichen Vereinigung, und Gustav Biesemeier vom Zieglerverein für die Gewerkschaftsliste, und nach dessen Amtsverzicht ab März 1926 mit Fritz Geise von der DDP dem Gremium ein gewisses politisches Profil gab.

Auch im Landtag selbst ließen die drängenden Sachprobleme für ideologische Konflikte wenig Spielraum. Es gab wenig Dissens, wenn es im Schulwesen um Klassenfrequenzen, Schulgeldfreiheit oder gar um Unterrichtsreformen ging. Wie fleißig dieses Organ war, haben wir kürzlich noch von Anne Tegtmeier-Breit erfahren, als sie ihr biographisches Konzept zu Wilhelm Mellies vorstellte, der als Lehrer aus Pivitsheide V.L. 1925 in den Landtag gewählt wurde und 1929 dessen Präsident werden sollte.⁶⁴

Wo es um die äußeren Symbole der Republik ging, blieb das offizielle Lippe wachsam. In den Folgerungen aus den Gesetzen zum Schutz der Republik für die Schulen hatte Drake eine eindeutige handschriftliche Korrektur hinzugefügt: „Auf Anordnung des Landespräsidiums hat jede Schule in den Reichs- und Landesfarben zu flaggen.“ Er blieb auch im Alltag seiner Repräsentationspflichten aufmerksam. Als die Verlängerung der Straßenbahn Paderborn-Horn nach Bad Meinberg eingeweiht wurde, wies ihn ein Kurgast darauf hin, dass schwarz-weiß-rot geflaggt worden war. Drake überzeugte sich davon und fragte den Kurdirektor, ob es nicht wenigstens gut gewesen wäre, die Reichsfahne nebenher auch zu hissen. Dieser habe traurige Einwände gemacht, er habe keine usw., notierte er verärgert. Er schrieb Neumann-Hofer, er möge als Vorsitzender des Aufsichtsrates hier durchgreifen und ihm demnächst mitteilen, was geschehen sei: „Von dem staatlichen [Herv. im Original, L.A.] Kurbad Meinberg, wie es bezeichnet wird, hätte man sowas nicht erwarten sollen.“⁶⁵

Solchen Interventionen entsprach das demokratische Grundprofil Heinrich Drakes in den Jahren der Republik. Es ist hier der thematische Ort, an dessen Würdigung durch Andreas Ruppert zu erinnern.⁶⁶ Ich tue es in Stichworten. Drake war ein hohes Arbeitsethos zu eigen; ein kühles, analytisches Aufgabenverständnis, statt ideologischer Höhenflüge; ein Gerechtigkeitssinn zugunsten der sozial Schwächsten – und Lippe litt unter struktureller Arbeitslosigkeit, im Dezember 1925 hatte es die prozentual meisten Erwerbslosen im Reich. Deswegen auch die infrastrukturellen Ziele Energieversorgung und Verkehrsanbindung. Das Wohl des Landes war Drakes politisch-biographisches Leitmotiv; und schließlich nenne ich noch die Einführung und konsequente Verstetigung der Verfassungsfeier am 11. August.

Stresemanns friedenspolitisches Engagement

Die Gründung der Detmolder Ortsgruppe der NSDAP im Mai 1925 blieb zunächst noch unauffällig. Im Folgejahr erhielt Hitler ein Redeverbot für Lippe. Die Partei agierte punktuell durch einen „völkisch“ getarnten Landtagsabgeordneten der DNVP – Ludwig Koch, der 1928 bei den Kommunalwahlen in Detmold auf der Liste der „Sparerpartei“ kandidierte.⁶⁷ Der lange Anlauf der NSDAP schloss aber nicht aus, dass die öffentliche Diffamierung der Republik seitens der „völkischen“ Verbände fortgesetzt wurde. Sie steigerte sich umso mehr, je erfolgreicher die Außenpolitik unter Gustav Stresemann wurde.

Der Vertrag von Locarno befriedigte vor allem das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs. Schiedsverträge mit Frankreich, Belgien, Polen und der CSR ergänzten den Sicherheitspakt. Die friedliche Revision der Ostgrenzen behielt sich Deutschland vor. Im folgenden Jahr beseitigte der Berliner Vertrag Misstrauen auf Seiten der UdSSR. Der nächste konsequente Schritt seit Locarno war im Herbst 1926 der Eintritt in den Völkerbund. Es folgte 1928 der Briand-Kellogg-Pakt, in dem 15 Staaten auf den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik verzichteten und dem sich in der Folge viele Staaten anschlossen. Bekanntlich brachte dann der Young-Plan in der Reparationsfrage wesentliche Erleichterungen, und Stresemann konnte noch kurz vor seinem Tode die Zusage der Rheinlandräumung erreichen, die bis Juni 1930 – fünf Jahre vor der in Versailles festgelegten Frist – vollzogen wurde.

In der Regel hat sich Stresemanns Außenpolitik auf eine stille Große Koalition stützen können, die die Hilfe der SPD einschloss. Die Front der Widersacher begann in der eigenen Fraktion. Sie duldeten zumindest die öffentliche Anfeindung seiner Erfolge durch die nationalistische und faschistische Demagogie. Wenn seine Partei 1928 und 1929 in Detmold und in Lippe eine Renaissance erfuhr, so lag dies indessen – nach meinem Eindruck – eher an ihrer Werbung für seine Politik.

Auch am Ende seiner letzten Rede vor dem Völkerbund stand die Absage an den Krieg. Stresemann erinnerte an eine frühere Bemerkung Aristide Briands (der mit ihm 1926 den Friedensnobelpreis erhalten hatte), „wie außerordentlich schwierig es sei, für diese Gedanken der Verständigung der Völker und des Friedens die Jugend zu gewinnen, weil der Heroismus des Krieges die Poesie bis in die Gegenwart beherrsche“. Er warnte die Jugend vor den „technischen Kriegen der Zukunft“, die „für persönlichen Heroismus wenig Betätigungsmöglichkeiten geben werden“, und verwies sie statt dessen auf Bewährungschancen für große Ideen der Menschheit, möglichenfalls bis zu einer Erforschung des „ewigen Rätsels des Verhältnisses des Menschen zum All“. ⁶⁸

Am 4. Oktober 1929 notierte Harry Graf Kessler in sein Tagebuch: „Alle Pariser Morgenzeitungen bringen die Nachricht vom Tode Stresemanns in

größter Aufmachung. Es ist fast so, als ob der größte französische Staatsmann gestorben wäre. Die Trauer ist allgemein und echt. Man empfindet, dass es schon ein europäisches Vaterland gibt.“⁶⁹

Wirtschaftliche und soziale Einbrüche in den Jahren 1929-1932

Bevor die große Wirtschaftskrise das Reich erfasste, litt bereits die deutsche Landwirtschaft unter dem Wettbewerbsdruck aus Ost- und Südosteuropa. Am 20. September 1929 gründeten verschiedene Verbände auf einer „Bauernnotkundgebung“ in Köln die „Grüne Front“, unter ihnen der deutschnationale Reichslandbund und die Vereinigung der deutschen Bauernvereine, die Dachorganisation katholischer Vereine aus Westfalen, dem Rheinland und Bayern. 1929 war zugleich das Jahr der unvergleichbaren Einbrüche in der Gesamtwirtschaft.

Im Projekt haben wir an einem Filmabend den eindrucksvollen Aufschwung der von Theodor Müller gegründeten Detmolder Firma Temde mit ihrer fabrikmäßigen Produktion von Leuchten kennengelernt. Der Kommentar von Gerhard Müller beschrieb für die Jahre 1929 bis 1931 eine Glanzzeit: Ausweitung der Produktion, eigener Werkzeugbau, personelle Aufstockung von 185 auf 300, eine Vielzahl besetzter Lehrstellen verschiedener Sparten, spezialisierte Verkaufsförderung.

Es war aber ein atypisches Beispiel. Die wirtschaftliche Krise hatte Lippe inzwischen erreicht. Aus der differenzierten Analyse der Daten zur Arbeitsmarktentwicklung im Referat von Johannes Kistenich wissen wir, dass selbst in der erfolgreichen „Leitbranche“, dem Holz- und Schnitzstoffgewerbe, der Niedergang eintrat, wenn auch dank großer Möbelmessen in Detmold und Leipzig verspätet. Wir hören von ihm auch: Die Möbelindustrie beschäftigte im Februar 1932 nur noch ein Viertel der Arbeiter, die bei ihr vor Weihnachten 1931 tätig waren.⁷⁰

Im März 1932 tagte in Berlin der Zentralausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Man sprach inzwischen von der Vereisung, der Einschrumpfung, der Erstarrung der deutschen Wirtschaft: Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Deutschland werde für Ende Februar 1932 auf 6,3 Millionen beziffert. Aus allen Kreisen käme der Ruf nach öffentlicher Arbeitsbeschaffung. Mittel von Reich, Ländern und Kommunen stünden nicht zur Verfügung; es müssten Kreditträger gefunden werden.⁷¹ Im selben Monat schrieb Erich Koch-Weser (DDP/Staatspartei) seinem ehemaligen Kabinettskollegen Otto Geßler, dem langjährigen Reichswehrminister (DDP bis Januar 1927): „Die Sorge, dass die Regierung in wirtschaftlicher Hilflosigkeit erstickt und die Not nur verwaltet und zu verteilen sucht, anstatt ihr abzuhelpfen,

ergreift immer größere Schichten des Volkes“, und an anderer Stelle: „Sie stellen sich hinter die Regierung und die Parteien, weil sie Hitler abwehren wollen. Aber allein die Notwendigkeit einer solchen Abwehr gibt auf die Dauer keinen Zusammenhalt.“⁷²

Die wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen dauerten auch in Detmold und Lippe seit 1929 an. Die Begriffe und Aufgaben, die dafür standen, füllten immer mehr die Agenda des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung: Notstandsarbeiten, wie Ausbau der Bandelstraße und des Kanals der Wotanstraße, Verlängerung der Wittekindstraße sowie Aufschließung von Baugelände, Arbeiten auf dem Pinneichen-Sportplatz – verstärkte Förderung über die Regierung – Kooperation mit dem Arbeitsamt.

Vor dem Winter 1930 verdichtete und verstärkte sich das Netz der Organisationen der Wohlfahrtspflege – nicht zuletzt in einer Sammlungsaktion –, weitete sich die Zahl der Benutzer der Stadtküche aus und wurde der Bedarf an Wärmehallen für die Bedürftigen erörtert. Im Herbst befassten sich die städtischen Gremien mit einer Vorlage zur Arbeitsbeschaffung für die Wohlfahrtsunterstützten – die Rede war von 60 Männern mit jeweils 36 Wochenstunden. Jetzt ging es um die genannten und weitere Straßen, wie Heide- und Orbker Straße, aber auch um einen Handgranatenwurfstand auf dem Hiddeser Bent, der später im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes gebaut werden sollte; die Stadt befürchtete den Verlust der Garnison und verhandelte deswegen seit 1928. Rund 25 Projekte standen Ende 1930 zur Disposition. Sie bewilligte auch einen Antrag des ADGB auf Gewährung von Weihnachtsbeihilfen an Erwerbslose, ausgesteuerte Erwerbslose, Sozialrentner und sonstige Bedürftige. Die Verteilung von insgesamt 4.000 RM übernahm der Fürsorgeausschuss. Sie beschloss die Nachbewilligungen von Mietbeihilfen.

Das kleine Wohlfahrtsamt geriet Ende 1930 in eine neue Aufgabendimension und musste sein Aktenwesen „neugestalten“. Es fehlten „drei Vertikal-Rahmenschränke, ein Reihenschrank und ein kleiner Formularschrank“. Die Mittel für die Anschaffung wurden dem Wohlfahrtsetat entnommen.⁷³ Notstandsarbeiten mit städtischem Zuschuss wurden auch im Folgejahr vor allem für die eigenen Wohlfahrtserwerbslosen organisiert. Noch im Herbst 1932 wurde für deren Beschäftigung die Fertigung von 25 Schubkarren in Auftrag gegeben. Die Stadt beteiligte sich aber nicht mehr an allen Möglichkeiten: „da das Land die ganzen Gelder aus den Arbeitsbeschaffungsprogrammen für sich verwendet und den Städten keinerlei Mittel davon abgeben kann“.⁷⁴ Das Land verfolgte einige eigene Projekte, wie den Ausbau des „Kommunalweges“ Detmold-Lemgo zur Landesstraße.

Das Landespräsidium war auf diesem Felde fieberhaft tätig, zumal es seit Ende 1930 unter politischem Druck stand. Nach dem erdrutschartigen Wählergewinn der NSDAP bei den Reichstagswahlen im September 1930 – sie

war nach der SPD zur zweitstärksten Partei aufgerückt – hatte Max Staercke von der DVP Heinrich Drake geraten, ein „überparteiliches Kabinett“ zu bilden, mit einer lockeren Unterstützung durch eine Zweidrittelmehrheit – ohne die NSDAP. Drake hatte aber an Fritz Geise (DDP) und Arnold Theopold (Volksrechtspartei) festgehalten.⁷⁵

Im Oktober 1930 hatten das bunte Spektrum der Mittelparteien und die DNVP einen Antrag zur Auflösung des Landtags eingebracht, um der „Umschichtung“ (Meyer/DVP) in der Wählerschaft Rechnung zu tragen. Drake hatte gewarnt, nicht nach Stimmungen zu urteilen, und vom „Treibholz“ gesprochen, das von der DVP über die Wirtschaftspartei und die anderen Mittelparteien zur DNVP und NSDAP gerate. Mellies hatte darauf verwiesen, dass nicht die SPD „unter die Räder gekommen“ sei.⁷⁶ Adolf Scholz von der KPD, die längst nach der Generallinie der Komintern auf Distanz zur SPD – und somit auch zum „System Drake“ – gegangen war,⁷⁷ hob gleich auf mehrere Feindbilder und den eigenen, fernen Zielhorizont ab: „Wir haben keine Ursache, die Hand dazu zu bieten, dass dieses arbeiterfeindliche Kabinett abgelöst wird durch ein noch arbeiterfeindlicheres Kabinett Fuhrmann.“⁷⁸ Es sind Konkurrenzbedingungen der herrschenden Klasse ... Es gibt für die Arbeiterschaft keine andere Rettung, als selbst die Macht in die Hände zu nehmen... Die Zeit wird immer mehr heranreifen...wo diese deutsche Arbeiterschaft zum Sturz des Systems antreten und an die Stelle des kapitalistischen Deutschlands ein Sowjet-Deutschland errichten wird.“⁷⁹

Gleichzeitig mit dem Scheitern der Versuche zur Auflösung des Landtags hatte dessen Präsident Mellies am 23. Oktober beantragt, das Landespräsidium möge nun den Volksentscheid einleiten.⁸⁰ Der Entwurf eines entsprechenden Gesetzes passierte den Landtag in drei Lesungen zwischen dem 2. Dezember 1930 und seiner Annahme (mit einer Gegenstimme) am 15. April 1931. Übergangsbestimmungen berücksichtigten das von der NSDAP inzwischen beantragte und für gültig erklärte Volksverlangen.⁸¹ Der Volksentscheid am 26. April 1931 erreichte mit 35.882 Stimmen der 111.039 Stimmberechtigten nicht das erforderliche Quorum.

Am 9. August 1931 misslang auch der Volksentscheid der sogenannten Nationalen Opposition zur Auflösung des Landtags in Preußen. Die KPD hatte hier, von der Komintern gedrängt, die Seiten gewechselt, und Otto Wels von der SPD hatte sie danach als „Helfershelfer der finstersten Reaktion“ bezeichnet.⁸²

Mit dem Fernziel sowjetdeutscher Verhältnisse lockte die KPD schwerlich, sie fand aber Zustimmung unter anderen Zeichen: Sie mobilisierte die Proteste der Erwerbslosen. Den ersten Versammlungen im Ruhrgebiet seit dem Frühjahr 1930, in denen Ausschüsse gewählt worden waren, folgten solche Veranstaltungen in Lippe, mit dem Effekt eines Wohlfahrtsausschusses in

Lemgo und eines ähnlichen Gremiums im Bereich des Bezirksfürsorgeverbandes Detmold.⁸³ Seit der zweiten Notverordnung der Reichsregierung vom 5. Juni 1931 zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen war der Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung empfindlich erweitert worden.⁸⁴ Örtliche Proteste der Erwerbslosen – wie in Lemgo – verschärften die Situation. Sie saßen auch am 4. September 1931 im Landtag und applaudierten dem kommunistischen Abgeordneten Scholz – so dass eine Sitzung unterbrochen werden musste, als Drake Ausgabeneinsparungen durch eine Ermächtigungsvorlage zur Zentralisation der Landes- und Gemeindeverwaltung zu erreichen suchte. Das Vorhaben scheiterte. Am 14. Oktober folgte dann die Verordnung zur Verwaltungsreform, wodurch mit Wirkung vom 1. April 1932 die beiden Kreise Detmold und Lemgo sowie die kreisfreien Städte Detmold, Lemgo sowie Bad Salzuflen-Schötmar konstituiert wurden.⁸⁵

Die lippische SPD hatte alle Hände voll zu tun, ihre Mitglieder vor der kommunistisch gesteuerten Erwerbslosenbewegung zu warnen. Sie distanzierte sich von deren Einheitsfrontparole. Den „Tag der Erwerbslosen“, am 19. April 1932, vermochte sie nicht zu unterbinden. Er begann – trotz Demonstrationsverbot – mit einem Sternmarsch von rund 1.200 Personen zum Detmolder „Neuen Krug“ und gipfelte, nach einer dortigen Kundgebung, in einem Protestmarsch in die Innenstadt, bei dem die Polizei die Nerven behielt und eine Intervention mit Waffen unterließ. Immerhin verhinderte die Landesregierung danach die Kürzung der Wohlfahrtssätze, wie sie der Bezirksfürsorgeverband Detmold beantragt hatte.⁸⁶

Im Juli 1932 verschärften sich die öffentlichen Konflikte. Die Gauleitung der NSDAP hielt am 16. Juli ihre laute Kundgebung am Hermannsdenkmal ab. Die Eiserne Front vermied Zusammenstöße durch Fernbleiben. Sie hatte sich in Lippe bis Anfang März 1932 in elf Organisationsbezirken gebildet, nachdem Otto Wels zum Zusammengehen von ADGB, SPD, Reichsbanner und Arbeiter-Turn- und Sportbund auf einer zentralen Konferenz Mitte Dezember 1931 aufgerufen hatte.⁸⁷ In den Reichspräsidentenwahlen im März und April war sie für Hindenburg eingetreten, um Hitler zu verhindern. In Lippe gewährleistete sie am 17. Juli einen eindrucklichen, ungehinderten Ablauf der Wahlkundgebung mit Rudolf Breitscheid, dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der SPD, dem es auch gelang, die nicht gewünschte Teilnahme von rund 200 KPD-Mitgliedern mit rhetorischem Geschick aufzufangen.⁸⁸

Das Landespräsidium war in den Jahren 1931 und 1932 immer wieder in die Presse gegangen, um über die bescheidenen Projekte zur Arbeitsbeschaffung zu informieren, die nach Besprechungen in Berlin für Lippe finanziert werden konnten. Verschiedene Institutionen und politische Parteien diskutierten währenddessen – durchaus kontrovers – die Möglichkeiten des Freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD). Die SAJ tat es in Vorträgen, im „Volksblatt“, und

grenzte die eigenen Vorhaben ausdrücklich von den Forderungen der Hitlerjugend ab. NSDAP und HJ konkurrierten inzwischen längst mit der Sozialdemokratie um die große, identische Zielgruppe der erwerbslosen Jugend. Die SAJ, deren breite, anspruchsvolle und facettenreiche Betreuung weiblicher Jugend uns durch einen Längsschnitt von Bettina Joergens geschildert worden ist, verspürte demnach bereits ab 1929 die erschwerte Situation in der eigenen Mitgliederbewegung.⁸⁹

Verbale und tätliche Diffamierung im Reich und in Lippe

Die wirtschaftliche Depression und ihre sozialen Folgen nutzte der politische Extremismus für seine rücksichtslose Agitation. Er tat dies umso ungehemmter, als am 22. Juli 1929 das Gesetz zum Schutz der Republik von 1922 ausgelaufen war. Ein Entwurf zu seiner Verlängerung erhielt im Reichstag nicht die erforderliche Mehrheit. Somit entfiel auch die Ausführungsverordnung des Landespräsidiums vom 21.8.1922. Verschiedene Maßnahmen, wie Zeitungsverbote, Versammlungsaufhebungen und Vereinsverbote waren folglich nicht mehr zulässig. Mit dem Fortfall der Strafbestimmungen verloren auch die verfassungsmäßigen Reichsfarben und die republikanische Staatsform den Schutz des Strafgesetzes gegen Beschimpfungen, soweit nicht der Tatbestand des Paragraphen 135 Strafgesetzbuch (Verletzung inländischer Hoheitszeichen) gegeben war. In jedem Einzelfall bedurfte es eines Strafantrages.⁹⁰

Am 9. Dezember sandte Carl Severing in seiner Eigenschaft als Reichsminister des Innern den Landesregierungen eine Denkschrift, die er bereits dem zuständigen Ausschuss des Reichstages zur Begründung eines abgeschwächten „Entwurfs eines Gesetzes zum Schutz der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens“ überreicht hatte. Diese Begründung begann mit folgenden Sätzen: „Seit der Nichteuerung des Republikschutzgesetzes vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo in Deutschland, zumeist an mehreren Stellen, auf politisch Andersdenkende geschossen, eingeschlagen oder eingestochen wird. Der Zustand staatsbürgerlicher Sicherheit hat einen beklagenswerten Tiefstand erreicht und sinkt täglich mehr.“ Die Ursache sei die „hemmungslose Verhetzung durch Wort und Schrift, die von den Gegnern der Republik auf der äußersten Linken und auf der äußersten Rechten getrieben wird.“⁹¹

Die folgende Aufzählung zeigte, dass sich inzwischen alle Schleusen der Hetze geöffnet hatten, bis in die Fäkalprache: Die Reichsflagge mit ihren Farben „schwarz-rot-schwarz“, als Fahne der „Schande, des Meineids und des Verrats“, die Weimarer Demokratie unter dem Signum „zehn Jahre Judenrepublik“, eine Anfrage an den deutschen Außenminister unter der Adresse „An den alljüdischen Vollstreckungsbeamten“, oder nach seinem Tode: „Die Kopfbildung

Stresemanns ist der Schlüssel zu seinem Handeln. Das Mongolengesicht hat die Verschlagenheit offen kundgetan. Er wird jetzt als großer Europäer bezeichnet, aber das ist gleichbedeutend mit Verräter und Werkzeug der Juden. Der Jude ist seit urdenklichen Zeiten geborener Verbrecher.“⁹²

Die antisemitische Hetze erreichte auch in Lippe schreckliche Ausmaße – zumal im Wahlkampf zu den Kommunal- und Kreistagswahlen Anfang Januar 1932. Die NSDAP erreichte in allen Städten, außer Oerlinghausen und Blomberg, durch Medienaufwand, Saal- und Straßenschlachten sowie auswärtige Redner – Hitler sprach in Lemgo – die stärkste Position.⁹³

Im Staatsarchiv findet sich ein Bericht des Landespolizeidirektors an das Landespräsidium vom 7. Januar 1932 über eine Beschwerde aus Bösingfeld mit Zeugenvernehmungen.⁹⁴ Es handelt sich um „Ausführungen“ eines namentlich genannten Nationalsozialisten, „die zweifelsohne eine starke Verunglimpfung der jüdischen Staatsbürger“ enthalten. Die Anlage, ein Brief an den Landrat in Brake, gibt die besagten, von zwei Zeugen, einem Zigarrenarbeiter und einem Bankangestellten, bestätigten Sätze aus einer NSDAP-Versammlung wieder: „Die Juden werden wir nicht abschlachten, aber die ersten 29% werden wir in die Schweineställe, in die Bergwerke und vor die Hochöfen schicken, und wenn sie es satt haben und auswandern, dann kommen die nächsten 29% heran und so weiter, nur ein Jude soll weiter handeln, und wenn er sich tot gehandelt hat, dann wird er von uns in Spiritus gelegt, damit er der Nachwelt erhalten bleibt.“⁹⁵

Der Autor dieser Anzeige fügte hinzu: „Es drängt sich die Frage auf, ob die heute noch gleichberechtigten Staatsbürger jüdischen Glaubens es sich gefallen lassen müssen, in einem Rechtsstaate, in dem wir heute doch noch leben, sich so öffentlich verhöhnen zu lassen. Bei Behandlung dieser Angelegenheit muss bedacht werden, dass es eine politisch wenig geschulte Landbevölkerung ist, die solche Hetzreden zu hören bekommt und nur zu leicht auf solche unerhörten Gemeinheiten im Sinne des beabsichtigten Zweckes reagiert.“

Die NSDAP wurde auch vor städtischem Publikum immer zügelloser. Eugen Heinen hat aus seiner dicht belegten Arbeit über den jüdischen Vortragskünstler Josef Plaut über die skandalösen Ausschreitungen des Detmolder Ortsgruppenleiters und seiner Radaubande im Landestheater am 11. April 1932 berichtet.⁹⁶ Bereits seit 1929, lesen wir bei diesem Autor, hatte der Besuch von Plautes Vorstellungen sichtbar nachgelassen. Das heißt, die Solidarität der Detmolder mit ihren jüdischen Staatsbürgern, die zu ihren besten Traditionen gehörte, war längst brüchig geworden.

Die Offensive gegen die Republik war längst eröffnet. Die DNVP war daran beteiligt. In seiner pointierten Analyse hat uns Andreas Ruppert gezeigt, wie die Spitzenleute der Partei in Detmold und im Reich – Helmuth Petri, der

Vorsitzende ihres Landesverbandes Lippe, und Alfred Hugenberg, Parteivorsitzender seit Oktober 1928 –, im Umgang mit der Regierung Papan, der NSDAP und anderen Gruppierungen der Rechten ihre Rolle suchten, definierten und praktizierten. Sie hielten sich währenddessen für die lenkenden Akteure, wo sie tatsächlich nur von der NSDAP instrumentalisiert wurden. „Ende 1931“, konstatiert Ruppert, „war die Republik in der Sprache der Hugenberg und Petri ‚sturmreif‘ geschossen.“⁹⁷ Beiden gelingt dann eine begrenzte „Partnerschaft“ mit der NSDAP gegen das „System Drake“. Der „zufällige“ Termin der Landtagswahlen 1933 wurde schließlich von der NSDAP so exzessiv hochstilisiert, um ihre rückläufigen Resultate bei den Reichstagswahlen im November 1932 wieder wettzumachen. Die DNVP in Lippe und im Reich hatte am Ende nur zur rücksichtslosen Machtübernahme der NSDAP beigetragen.

Rücksicht auf Anstand gab es seitdem nicht mehr. In meinem Einführungsvortrag zu unserem früheren Projekt „Nationalsozialismus in Detmold“ – im Leopoldinum am 8. Mai 1995 – habe ich an zwei Ereignisse aus den Monaten nach dem 30. Januar erinnert: In Detmold besetzten am 11. März 40 SA- und SS-Leute das Gewerkschaftshaus. Als sich der Vertreter des Holzarbeiterverbandes weigerte, die Schlüssel zu übergeben, wurde er zu Boden geschlagen, mit Stiefelabsätzen ins Gesicht getreten und schwer verletzt. Am 11. März begann auch der Leidensweg des Detmolder Pazifisten, Sozialdemokraten und Juden Felix Fechenbach – der dann am 7. August, auf dem Wege nach Warburg, von wo ihn ein Sammeltransport in das Konzentrationslager nach Dachau bringen sollte, auf der Egge durch Schüsse in den Rücken ermordet wurde.⁹⁸

Zwischen diesen Ereignissen nahm das Leben in Detmold seinen Gang. In den Sitzungsprotokollen des Magistrats – der sich unter einem kommissarischen Bürgermeister personell teils verändert hatte – fand ich unter dem 15. Mai 1933 eine kurze Notiz: „Blumenschmuck am Rathaus. Die Blumenkästen nach dem Marktplatz sind wie bisher, die nach der Langen Straße mit Petunien zu bepflanzen.“⁹⁹ War das die Flucht in die banale Normalität des administrativen Alltags? Begünstigte die Aufmerksamkeit für das Detail beruflicher Routine die Neigung, wegzusehen und wegzuhören? Oder hatte die Abstumpfung des Gewissens schon früher begonnen? Anders gefragt: Seit wann war die moralische Abwehrkraft und Widerstandsfähigkeit der Republik gebrochen?

Schluss: Leistungen und Schwächen der demokratischen Republik

In dem eben genannten Vortrag hat Andreas Ruppert vom einhellig geäußerten Erstaunen renommierter Historiker gesprochen, „dass die Republik ihre ersten Jahre überhaupt überstanden hat“. Ich antworte: Exakt diese Tatsache

beweist ihre konstitutive Gestaltungskraft, verantwortungsbewusste Politikfähigkeit und moralische Kraft. Inwiefern?

- Sie hat zum einen eine zukunftsfähige Verfassung geschaffen, die in ihren Grundrechten und ihrer Sozialverfassung nicht voll ausgeschöpft wurde.
- Sie hat zum anderen den Friedensvertrag unterzeichnet und durch ihre Reparations- und Verständigungspolitik die Rückkehr Deutschlands in die aktive Außenpolitik geebnet.
- Schließlich: Seit der Bedrohung der Republik durch Putsch, Terror und Mord hat sie Zeichen einer wehrhaften Demokratie gesetzt: den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch – die innere Festigung der Republik über die Jugend in Schulen und Hochschulen – den rechtlichen Schutz der Staatsform, ihrer Repräsentanten und Symbole – die kollektive Verteidigung demokratischer Normen und Spielregeln durch Wehrverbände, wie das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Wie Lippe und andere Länder im Reichsrat gegen den „Preußenschlag“ der Regierung Papen am 20. Juli 1932 protestiert haben, so waren die wehrhaften Kräfte der Republik zum Einsatz gegen diesen Verfassungsbruch bereit. Sie wurden von ihren Führungen nicht dazu aufgerufen.

Es gab indessen auch riskante Schwächen der Republik, die ihre Befürworter trotz dieser Leistungen und Ressourcen nicht genügend wahrgenommen und behoben haben:

- Dass viele demokratische Politiker nicht imstande waren, die nationalsozialistische Bedrohung voll auszumessen, dürfte nicht zuletzt ihrer ethisch verpflichteten Grundauffassung zuzuschreiben sein, die bestimmte Werte und Spielregeln für allgemein verbindlich hielt.
- Sie zeigten sich zwar durch fremdartige Züge des Nationalsozialismus konsterniert, erfassten aber nicht ihre latente oder manifeste Kriminalität und Inhumanität.
- Als Terror bereits zum erfahrbaren Ereignis geworden war, hielten sie noch an der Neigung fest, dies als punktuelle Abweichung von selbstverständlichen Normen zu deuten.
- Waren viele überzeugt, dass der Nationalsozialismus eine einmal gewonnene Macht nicht wieder preisgeben würde, so hofften einige, dass Regierungsbeteiligung seine Unfähigkeit dekurvieren und zu seiner eigenen Kapitulation oder zu seiner Abwahl führen könnte.
- Diese Annahme beruhte auf zwei Voraussetzungen: auf dem Vertrauen sowohl in die Belastungsfähigkeit des Rechtsstaates als auch in die Urteilsfähigkeit des Wählers auf Dauer.
- Mit der Überzeugung, dass der Rechtsstaat auf Dauer nicht usurpierbar und pervertierbar sei, war die andere eng verbunden, dass der Bürger und Wähler grundsätzlich zu rationalem Urteil fähig sei.

Der demokratische Rechtsstaat erodierte aber bereits unter den dramatischen Wählerwanderungen angesichts der Notverordnungspraxis der Präsidialregime. Parlamentarismus existierte seit den Juliwahlen 1932 nur noch durch die negative Mehrheit aus NSDAP und KPD. Hitlers taktische Legalität täuschte nach allen Seiten. Glaubten Unternehmer der Schwerindustrie zwischenzeitlich, ihn in einem Kabinett neben Papen zähmen und dienstbar halten zu können, so folgte Hindenburg schließlich den Einflüsterungen ostelbischer Junker – die die Zerstörung der Republik schon lange betrieben, der „böhmische Gefreite“ ließe sich als Kanzler in einem überwiegend konservativen Kabinett einrahmen. Die Reichswehr – längst im antirepublikanischen Fahrwasser – stand unter einer neuen, willfährigen Führung für die Usurpation der Staatsgewalt zur Verfügung. Die historisch unvergleichliche „deutsche Katastrophe“ nahm damit ihren Lauf.¹⁰⁰

Angst und vorsorgliches Interesse an eigener Schonung haben die verbliebenen Führungskräfte des weitgehend zerriebenen liberalen Bürgertums – das einmal auf das historische Bündnis mit der Sozialdemokratie gesetzt hatte – nicht gekannt. Zu den klarsten und mutigsten Verurteilungen des Nationalsozialismus gehörten diejenigen nach seiner Machtergreifung. Die Erklärung der Deutschen Staatspartei vom 3. Februar zum Aufruf der Reichsregierung vom 1. Februar 1933 hielt Hitler ein „ungeheuerliches Fehlurteil über Leistungen und Leiden des deutschen Volkes seit dem großen Krieg“ vor. In den von Hitler der Republik zugeschriebenen Erscheinungen der inneren Zerrissenheit und des Zerfalls der auswärtigen Stellung sah sie das „fürchterliche Brandmal jener falschen Front des nationalen Aufruhrs, vom Kapp-Putsch bis zum Sturz der Präsidialregierung Schleicher“. Das Wort von der „Versöhnung“ war für sie „blutiger Hohn“, und die Auseinandersetzung mit dem demagogischen Regierungsprogramm gipfelte in dem Satz: „Die Kanzlerschaft Hitlers ist das halsbrecherischste Experiment, das in Deutschland gemacht werden konnte.“

Hitlers Versuch, sich in die religiös und ethisch gebundene Sprache einzuschleichen und sich dort die mangelnde Würde seines Tuns auszuleihen, quittierte der Aufruf der Deutschen Staatspartei damals mit dem eindeutigen Satz: „Der Name Gottes ist von vielen Mächten der Geschichte missbraucht worden, nie aber war er weniger am Platze als in dieser Stunde, wo einem großen und stolzen Volk das Zutrauen in seine Führung mit Gewalt zerschlagen wird.“¹⁰¹

Dieses Volk hatte aber in großen Teilen die Chancen der Freiheit und des Friedens in der demokratischen Republik nicht ohne eigenes Zutun verspielt.

Anmerkungen

1. Zur anfänglichen Begeisterung und zum freiwilligen Kriegsdienst von Schülern der oberen Klassen des Detmolder Gymnasiums Leopoldinum sowie zu den hohen Verlusten bis Ostern 1915 vgl. Hanns-Peter Fink, Leopoldinum. Gymnasium zu Detmold 1602-2002, Bielefeld 2002, S. 358; s. auch S. 360.
2. Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, München 1964, S. 543f.
3. Ritter, S. 148.
4. Ritter, S. 149.
5. Ritter, S. 220.
6. Vgl. die Daten in der Chronik der Deutschen, Augsburg 1996, S. 750.
7. Erich Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, Köln, 2. Aufl. 1978.
8. Kittel, S. 280.
9. Peter Borscheid, Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg, in: Westfälische Geschichte. Das 19. und das 20. Jahrhundert. Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 3, Düsseldorf 1984, S. 313-438 (331).
10. Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 293f.
11. Miller, S. 295. Zahlen für die Streiks bei Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1973, S. 51ff. Zit. bei S. Miller.
12. Adolf Neumann-Hofer, Mons 1.8.1915. Landesarchiv NRW, Staats- und Personenstandsarchiv Detmold (im Folgenden: StADT) D 72 Neumann-Hofer.
13. Hans-Peter Wehlt, Generalsuperintendent D. August Weßel (1901-1930) – Vom Fürstlichen Summepiskopat zur Lippischen Landeskirche. In diesem Band.
14. Ingrid Schäfer/Gesine Niebuhr (Frauengeschichtsladen Lippe e.V.), Frauen in der Kriegswirtschaft. Aufbruch der Frauen ins Erwerbsleben. Frauen und Kirche. In diesem Band.
15. Hans-Gerd Schmidt, „Einstweilen regiert der Krieg die Stunde“. Detmolder Kriegsalltag im Spiegel von Anzeigenseiten regionaler Tageszeitungen. In diesem Band.
16. Vgl. Alfred Fried, Mein Kriegstagebuch. Das zweite Kriegsjahr, Zürich 1919, S.114. Vgl. ders., Mein Kriegstagebuch. Das erste Kriegsjahr, Zürich 1918, S. 378f.: „Die Auflehnung der Frauen gegen die Vernichtung des Lebens ist eine weltgeschichtliche Tat“.
17. Vgl. Ritter, Staatskunst, S. 540-544.
18. Ritter, S. 545.
19. Kittel, Heimatchronik, S. 281f.
20. Materialien zur lippischen Landesgeschichte. Bd. III. Revolution in Lippe, hg. vom Lippischen Heimatbund, Detmold 1990, S. 22.

21. Materialien, S. 70.
22. Materialien, S. 27.
23. Protokolle der Stadtverordneten-Versammlung. Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold, Nr. 1581.
24. Johanna Pointke/Renate Waltersdorf, Sozialhygiene, Reformküche und Mutter-schutz. Die Illusion von der Macht der Machbarkeit des Menschen. In diesem Band.
25. Bericht des Abgeordneten Max Staercke, Materialien, Revolution in Lippe, S. 135. Im Bestand StADT L 75 IV 9 Nr. 39 findet sich eine Denkschrift des Deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation, verfasst von dessen 1. Vorsit-zenden Prof. Dr. Langemann/Kiel und u.a. am 27.11.1915 an Biedenweg gerich-tet. Demnach würden Bekenntnisse verschiedener Gewährsleute, auch von Frau-en, bestätigen, „dass das Frauenstimmrecht für jedes große, männlich starke Volk ein nationales Unglück ist“. In diesem Pamphlet warnt eine andere Passage vor der „Politisierung der Frau“: „Sie zernagt das innerste Wesen..., verdirbt den Charakter sowie die Ruhe und das Glück des Mannes in Ehe und Familie und führt zur Herrschaft der Schwachen, zum kraftlosen Weiberstaat, der beim kriegerischen Angriff eines männlich starken Staates in sich zusammenbricht, weil seine Männer, durch die Frauenherrschaft entartet, aufgehört haben, Helden zu sein.“
26. Die Nichtbeteiligung an den Wahlen beschloss mehrheitlich auf ihrem Grün-dungsparteitag 30.12.1918-1.1.1919 die KPD, gegen den Willen von Rosa Lu-xemburg. Diese hatte schon am 23.12.1918 proklamiert, „die Wahlen zur Natio-nalversammlung zum Kampfe gegen die Nationalversammlung verwerten“ zu wollen. Vgl. Der Gründungsparteitag der KPD. Protokolle und Materialien. Hg. und eingeleitet von Hermann Weber, Frankfurt 1969, S. 41. Die Partei nahm erst an den Reichstagswahlen 1920 teil.
27. Materialien, S. 79.
28. Vgl. Peter Steinbach, Detmold – eine Residenzstadt im politischen Umbruch. Entwicklungen und Herausforderungen, Vortrag am 18. November 2004 im Detmolder Rathaus.
29. Hans Hüls, Wähler und Wahlverhalten im Land Lippe während der Weimarer Republik, Detmold 1974, S. 59.
30. Hüls, S. 62.
31. Hüls, S. 62f.
32. Zitierungen aus Materialien, Revolution in Lippe, S. 88f.
33. Vgl. Wolfgang Bender, Die Detmolder Wahlen zur Stadtverordnetenversamm-lung 1919-1932. In diesem Band.
34. Vgl. Bender, Detmolder Wahlen.
35. Lippische Post 25.3.1920. In: Materialien, Revolution in Lippe, S. 187. Eine Übersicht der Streik-Daten auf S. 186.

36. Vgl. Jürgen Hartmann, Völkische Bewegung und Nationalsozialismus in Lippe bis 1925. Ein Beitrag zur Entstehung und Frühzeit der NSDAP. In: Lippische Mitteilungen 60. Band, Detmold 1991, S. 149-198 (163).
37. Vgl. die Analyse bei Lothar Albertin, Die Auflösung der bürgerlichen Mitte und die Krise des parlamentarischen Systems von Weimar. In: Eberhard Kolb/Walter Mühlhausen (Hg.), Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik, München 1997, S. 59-111 (72-75).
38. Vgl. Lothar Albertin, Die Verantwortung der liberalen Parteien für das Scheitern der Großen Koalition im Herbst 1921. Ökonomische und ideologische Einflüsse auf die Funktionsfähigkeit der parteienstaatlichen Demokratie, In: HZ 1967, S. 566-627.
39. Lippische Landeszeitung (LZ) 28.1.1921. In: StADT D 72 Drake Nr. 701. Hierin Presseausschnitte für das Folgende.
40. LZ 20.2.1921: Die Sozialdemokratie und das neue Landespräsidium. In: StADT, D 72 Drake, Nr. 701.
41. Lippische Tageszeitung 9.7.1921. In: StADT D 72 Drake Nr. 701.
42. Presse-Ausschnitte StADT Drake 72 Nr. 701.
43. Bender, Detmolder Wahlen.
44. Vgl. Albertin, Die Auflösung der bürgerlichen Mitte, S. 75f. Aus der Hetze gegen Walter Rathenau zitiert Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik, Tübingen 1963, S.57 die Verse: „Auch der Rathenau, der Walter, erreicht kein hohes Alter. Knallt ab, den Walter Rathenau, die gottverfluchte Judensau“.
45. Vgl. Jasper, S. 71.
46. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Weimarer Republik, hg. für die Historische Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv von Hans Booms. Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, S. 919.
47. Zitiert bei Andreas Ruppert, Heinrich Drake in der lippischen Politik. November 1918 bis Januar 1933. In diesem Band.
48. Hermann Niebuhr/Klaus Scholz (Bearb.), Der Anschluss Lippes an Nordrhein-Westfalen. Behauptung und Ende staatlicher Selbständigkeit 1802/3-1947, Detmold 1984.
49. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Wirth I und II. Bd. 2, bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, S. 924, Anm. 3.
50. Drake, handschriftl. Notiz. StADT L 75 Abt. X Nr. 18.
51. Vgl. Jasper, Der Schutz der Republik, S. 259ff.(262)
52. Jasper, S. 265.
53. Protokoll der Besprechung der Kultusminister der Länder über die Mitwirkung der Schule zum Schutz der Republik, 19.7.1922, beim Reichsminister des Innern. StADT L 75 Abt. X Nr. 18.

54. Vgl. Herbert Döring, *Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewusstsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik*, Meisenheim am Glan 1975.
55. Hartmann, *Völkische Bewegung und Nationalsozialismus in Lippe bis 1925*, S. 149-198.
56. Vgl. Iris Schäferjohann-Bursian, Wilhelm Teudt – Seine Suche nach Orientierung. In diesem Band.
57. Hartmann, *Völkische Bewegung*, S.169. Die bisherigen Daten entstammen seinem Aufsatz.
58. Hartmann, S. 156. S. auch Jürgen Hartmann/Dietmar Simon: Artur Schweriner (1882-1941) – Eine Projektskizze. In: Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte, Nr. 3 (2006), S. 31-37 (Online im Internet, URL: <http://www.rosenland-lippe.de/rosenland-03.pf>, Stand 1.8.2006).
59. Vgl. die Belege bei Albertin, *Die Auflösung der bürgerlichen Mitte*, S. 76f.
60. Vgl. 50 Jahre Städtische Sparkasse Detmold 1904-1954, bearb. von Richard Moes, o.D. S. 25.
61. Vgl. Hüls, *Wähler*, S. 69f.
62. Bender, *Detmolder Wahlen*.
63. Vgl. Albertin, *Die Auflösung der bürgerlichen Mitte*, S. 80f.
64. Anne Tegtmeier-Breit, Wilhelm Mellies – ‚...kann man uns den Glauben nicht nehmen, Kämpfer für die Zukunft zu sein‘. In diesem Band.
65. Lippisches Landespräsidium an Neumann-Hofer, 29.7.1924, handschriftl. Zusatz. StADT, D 72 Neumann-Hofer Nr. 65.
66. Vgl. Ruppert, Heinrich Drake – Vom Revolutionär zum Staatsmann. In diesem Band.
67. Hartmann, *Völkische Bewegung*, S. 185.
68. Vgl. die Belege bei Lothar Albertin, *Die liberalen Parteien in der Weimarer Republik. Etappen ihres Niedergangs*. In: Hans Vorländer (Hg.), *Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus*, München 1987, S. 57-89 (75).
69. Droste Geschichts-Kalendarium. Chronik deutscher Zeitgeschichte. Bd. 1, Overesch, Manfred: *Die Weimarer Republik*, Düsseldorf 1982, S. 425.
70. Johannes Kistenich, *Wirtschaftsstruktur Detmolds 1914-1933*. In diesem Band.
71. Bericht des Zentralausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates (Auszüge), 12.3.1932, in: *Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning*, eingeleitet von Gerhard Schulz, Bd. 4/1 und 2, S. 1319-1329 (1322-1324).
72. *Politik und Wirtschaft*, Erich Koch-Weser an Otto Geßler, 26.3.1932, S. 1365. Vgl. Otto Gessler. *Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit*. Hg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, S. 504f.

73. Protokolle des Stadtrates, 16.12.1930. Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold Nr. 1599. Die Angaben für 1929 finden sich im selben Bestand Nr. 1618.
74. Protokolle des Stadtrates 26.9.1932, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold, Nr. 1619.
75. Max Staercke am 27.11.1930 an Heinrich Drake. StADT 72 Drake Nr. 53. Man habe damit „im Landesinteresse“ die „wünschenswerte Befriedung unseres staatlichen Lebens herbeiführen“ und den „Kräfteverschiebungen im Volksganzen Rechnung“ wollen. Demnach hatte Staercke dafür noch die Landvolk- und Mittelstandsfraktion gewinnen wollen.
76. Protokolle des Lippischen Landtags I, 21.10.1930, vorm., S. 717f.
77. Vgl. Hermann Weber, Die KPD als Sektion der Kommunistischen Internationale – Politische Auswirkungen der Strukturprobleme auf die Linke im politischen System der Weimarer Republik. In: Lothar Albertin/Werner Link (Hg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1981, S. 177-193. Demnach setzte die Komintern Mitte der zwanziger Jahre die Angleichung der KPD-Strukturen an das Vorbild KPdSU durch. (S. 179) Sporadische Annäherungen von KPD und SPD gab es 1926 und 1927. (S. 182)
78. Dr. Manfred Fuhrmann, NSDAP, im Herbst 1932 praktisch entmachteter. Vgl. Andreas Ruppert, Der Kreisleiter in Lippe. Zur Funktion einer Mittelinstanz der NSDAP zwischen Ortsgruppen und Gau. In: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde, 60 (1991), S. 199-229 (201f.).
79. Protokolle des Lippischen Landtags I, S. 718.
80. Protokolle des Lippischen Landtags I, S. 728ff.
81. Protokolle des Lippischen Landtags II, S. 165.
82. Droste Geschichts-Kalendarium, Band I, S. 546 (15.8.1931).
83. Vgl. Karl-Heinz Henne, Die lippische Arbeiterbewegung im Kampf gegen Verelendung und Faschismusgefahr während der letzten Jahre der Weimarer Republik – Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Ostwestfalen-Lippes in der Zeit der Wirtschaftskrise 1929-1933 und zur Didaktik regionaler Sozialgeschichte, Detmold 1976, S. 331.
84. Henne, S. 349-352.
85. Henne, S. 369.
86. Henne, S. 433.
87. Henne, S. 398.
88. Henne, S. 488. Vgl. Lothar Albertin, Demokratische Herausforderungen und politische Parteien. Der Aufbau des Friedens in Ostwestfalen-Lippe 1945-1948, Paderborn 1998, S. 303-306, wo noch weitere Literatur zur Taktik und organisatorischen Stärke der KPD in Lippe berücksichtigt wird.
89. Bettina Joergens, Mädchen in der Detmolder sozialistischen Arbeiterjugendbewegung 1904 bis 1933. In diesem Band. Vgl. zu dieser Problematik Gisbert

- Brenneke, Quellen und Materialien zur sozialistischen Arbeiterjugendbewegung in Ostwestfalen-Lippe 1918-1933, Bielefeld 1985, S. 192-195.
90. Lippische Regierung. Der Landespolizeidirektor, an Lipp. Landespräsidium, 21.8.1929, Abschrift des Schreibens an die Polizeiverwaltungen, das Gendarmenriekommando, die Kriminalabteilungen und den Sonderdienst der Kriminalpolizei. StADT L 75 X 1 Nr. 18.
 91. Denkschrift in StADT L 75 X 1 Nr. 18.
 92. Anlage zu dem genannten Schreiben Severings.
 93. Vgl. Bender, Detmolder Wahlen.
 94. Die Gemeinde Bösingfeld galt wegen ihrer hohen NSDAP-Wahlerfolge als „Muster-Ortsgruppe“. Vgl. Caroline Wagner, Die NSDAP auf dem Dorf. Eine Sozialgeschichte der NS-Machtergreifung in Lippe, Münster 1998, S. 49.
 95. Abschriften des Schreibens an den Landrat 5.1.1932 gingen an das Landespräsidium und den Oberstaatsanwalt.
 96. Eugen Heinen, Chottechott, was isser damit!? Zum Leben und Wirken des jüdischen Vortragskünstlers Joseph Plaut aus Lippe-Detmold, Detmold 2004, S. 87f.
 97. Andreas Ruppert, Um jeden Preis gegen die Republik: lippische DNVP und NSDAP von den Kommunalwahlen im Januar 1932 bis zur Landtagswahl im Januar 1933. In diesem Band.
 98. Lothar Albertin, Deutschlands zerstörerische Größe 1933-1945. Stationen der Inhumanität, in: Nationalsozialismus in Detmold. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts, bearb. von Hermann Niebuhr und Andreas Ruppert, Bielefeld 1998, S. 21-41 (23).
 99. Sitzungsprotokolle Magistrat 18.5.1933, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold, Nr. 1619.
 100. Vgl. Heinrich August Winkler, Weimar 1918-1933, München 1994, S. 605-608, und die ausgreifende Analyse bei Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949, 4. Band, München 2003, insbesondere S. 580-585. Demnach werde die „massive Mitwirkung“ der Reichswehrspitze „an der Zerstörung der Republik noch immer häufig unterschätzt“ (582).
 101. Belege bei Albertin, Die liberalen Parteien in der Weimarer Republik, S. 84f.

